

Freie Hansestadt Bremen



**Der Senator für
Wirtschaft und Häfen**

ZIEL 2 (2000 - 2006)

**Jährlicher Durchführungsbericht
für das Jahr 2006**

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

CCI: 2000 DE 16 2 DO 009

K(2001) 774

Bremen, Juni 2007

**Der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen
Zweite Schlachtpforte 3
D-28195 Bremen**

Carola Schneider
T.: ++49 421 361-8603
Fax: ++49 421 361-8810
Carola.Schneider@wuh.bremen.de

Thomas Schwender
T.: ++49 421 361-2574
Fax: ++49 421 361-8810
Thomas.Schwender@wuh.bremen.de

Ulrike Krumsee-Budde
T.: ++49 421 361-8443
Fax: ++49 421 361-8810
Ulrike.Krumsee-Budde@wuh.bremen.de

Inhalt	Seite
Einleitung	1
A. Programmkontext	2
A.1 Sozioökonomische Entwicklungen	2
A.2 Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente (insbes. Integration mit Ziel 3)	8
B. Stand der Durchführung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen	11
B.1 Beschreibung der Maßnahmen und Projekte inklusive Analyse der Indikatoren sowie Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-ante Evaluierung	11
B.2 Beschreibung der Operationen unter Artikel 28 (3) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999	34
B.3 Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen	34
C. Stand der finanziellen Abwicklung	38
C.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung	39
C.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen nach Maßnahmen	40
C.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss	40
D. Abwicklung und Begleitung des Programms, Sicherung der Qualität und Effizienz	41
D.1 Beschreibung des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschl. der Vorkehrungen für die Datenerfassung (kurzer Sachstandsbericht einschl. Angaben zur Partnerschaft sowie zur Tätigkeit des Begleitausschusses)	41
D.2 Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention	44
D.3 Unregelmäßigkeiten	44
D.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe	45
D.5 Programmanpassungen	45
D.6 Indikatoren zur Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve	48
D.7 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität	48
E. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken einschl. Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds	50
F. Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten	51
Anlage 1: Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht	52
Anlage 2: Finanztabelle Mittelbindung und Auszahlungsstand	53

Einleitung

Gemäß Artikel 37 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 wird hiermit der Jährliche Durchführungsbericht für das Jahr 2006 für das Ziel-2-Programm 2000 – 2006 des Landes Bremen vorgelegt.

Mit Entscheidung der Kommission K (2000) 310 vom 9. Februar 2000 wurden Teile der Stadt Bremen mit rund 217.000 Einwohnern und die Stadt Bremerhaven mit rund 127.000 Einwohnern als Fördergebiete nach dem Ziel 2 der Strukturfonds gemäß Artikel 4 Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 für den Zeitraum vom 01.01.2000 bis 31.12.2006 anerkannt.

Mit Entscheidung K (2001) 774 vom 22. März 2001 genehmigte die Europäische Kommission das Bremer Ziel-2-Programm. Das Bremer Ziel-2-Programm 2000 – 2006 wurde als „Monofonds-Programm“ konzipiert, d.h., es wird allein aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert. Im Berichtsjahr waren im Programm insgesamt öffentliche Ausgaben in Höhe von 235.924.000 Euro vorgesehen.

Trotz der Konzipierung als Monofonds-Programm ist eine enge Abstimmung mit der Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen gewährleistet. Ein wesentlicher Teil des Mittelvolumens wird durch den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales verwaltet und dient der investiven Unterstützung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (siehe ausführlicher A.2).

Gleichzeitig erfolgt über die ESF-finanzierte Ziel-3-Förderung eine entsprechende arbeitsmarktpolitische Flankierung der im Rahmen des Ziel-2-Programms festgelegten regionalwirtschaftlichen Prioritäten.

Der Beginn der Förderfähigkeit der Ausgaben wurde auf den 1. Januar 2000 festgelegt, bis zum 31.12.2008 können Ausgaben getätigt werden.

A. Programmkontext

A 1. Sozioökonomische Entwicklungen

Ein Vergleich der aktuellen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung Bremens mit der Entwicklung der 90er Jahre macht zwei Aspekte deutlich: einerseits haben gerade die 90er Jahre und hier insbesondere die erste Hälfte zu erheblichen Strukturbrüchen der bremischen Wirtschaft geführt, zu deren Kompensation das Land auch langfristig noch auf Strukturhilfen angewiesen sein wird. Andererseits deuten die jüngsten Entwicklungen an, dass die strukturpolitischen Maßnahmen des Landes Bremen anfangen zu greifen und die bremische Wirtschaft den allgemeinen konjunkturellen Aufschwung in Deutschland mitträgt und an ihm zugleich partizipieren kann.

Im Land Bremen hat sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2006 im Zuge des bundesweiten Konjunkturaufschwungs preisbereinigt auf 2,4 % und damit auf den höchsten Wert seit dem Jahr 2000 verbessert. Die bremische BIP-Entwicklung blieb damit der zweiten Fortschreibung im Januar 2007 zur Folge knapp unter dem Wirtschaftswachstum im Bundesgebiet und rangiert auf dem neunten Rang unter den Bundesländern (Tabelle 1). Den dritten Rang nimmt Bremen beim Zuwachs der Erwerbstätigen ein, welche mit 1,2 % angestiegen sind.

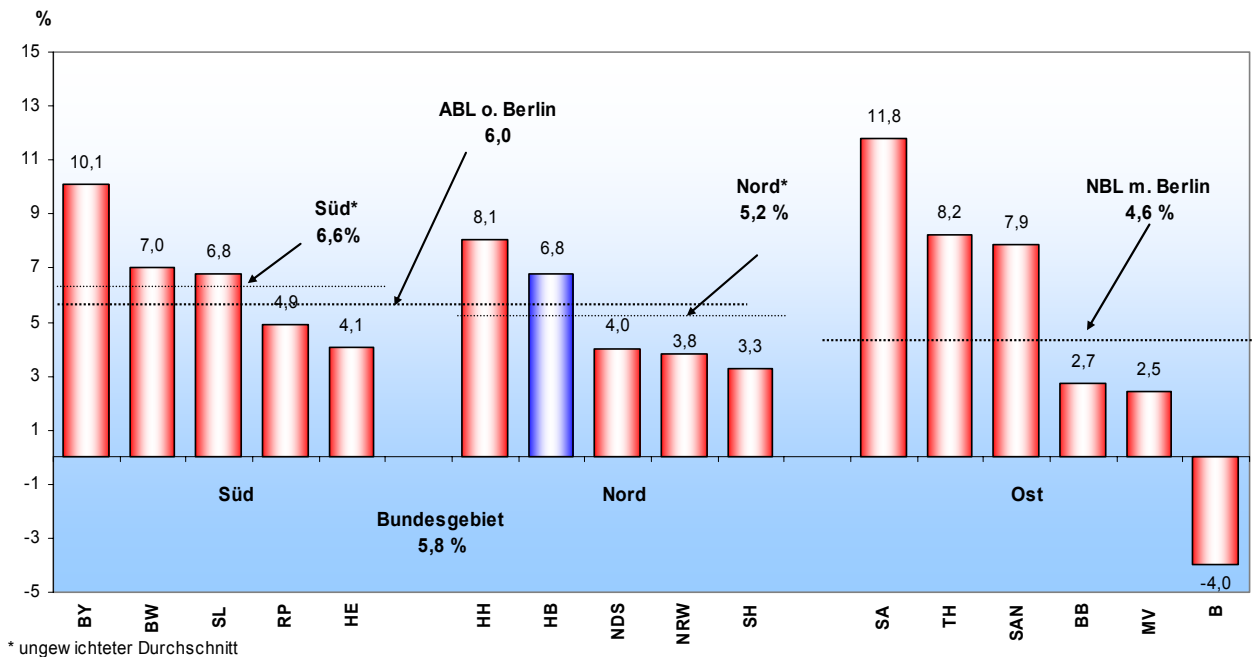
Tabelle 1: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Zahl der Erwerbstätigen nach Bundesländern 2006 / 2005

Land	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (%)			
	BIP (real)	Rang	Erwerbstätige	Rang
Baden-Württemberg	3,5	2	0,7	8
Bayern	2,8	6	0,8	6
Berlin	1,9	13	1,6	1
Brandenburg	1,9	13	0,6	11
Bremen	2,4	9	1,2	3
Hamburg	3,1	3	1,4	2
Hessen	2,1	11	0,5	13
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	12	0,5	14
Niedersachsen	2,6	8	0,6	10
Nordrhein-Westfalen	2,4	9	0,6	12
Rheinland-Pfalz	2,7	7	1,0	5
Saarland	1,6	16	0,2	15
Sachsen	4,0	1	0,7	7
Sachsen-Anhalt	3,0	5	0,6	9
Schleswig-Holstein	1,9	13	1,0	4
Thüringen	3,1	3	0,1	16
Alte BL ohne Berlin	2,7		0,7	
Deutschland	2,6		0,7	

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, AK Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Bei einer mittelfristigen Betrachtung (im Zeitraum 2000 bis 2006) erreicht Bremen mit einem realen BIP-Anstieg von 6,8 % das drittbeste Ergebnis (zusammen mit dem Saarland) unter allen alten Ländern hinter Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg und übertrifft damit das Niveau der Bundesrepublik von 5,8 % (Abbildung 1).

Abbildung 1: Veränderung des Bruttoinlandsprodukt (real) von 2000 bis 2006 nach Ländern



Quelle: Institut für regionale Wirtschaftsforschung GmbH (BAW)

Infolge des verbesserten Wirtschaftswachstums kam es in allen Bundesländern zu einem Anstieg der Beschäftigung und zu einer entsprechenden Entlastung des Arbeitsmarktes. Für eine positive Entwicklung der bremischen Beschäftigung spricht, dass die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen nach jahrelangem Rückgang erstmals wieder stieg und Mitte 2006 gegenüber dem Vorjahr mit einem Plus von 0,8 % den westdeutschen Zuwachs (0,6 %) übertraf (Tabelle 2). Die seit Jahren in Bremen zu beobachtende Scherenentwicklung zu Lasten der Sozialversicherungspflichtigen hat sich damit im Jahr 2006 nicht fortgesetzt.

Die Sektorstruktur der Beschäftigung unterliegt einem fortgesetzten Wandel. Einbußen in der Industrie, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Handel wurden überkompensiert durch zusätzliche Beschäftigung im Bereich der Unternehmensdienstleistungen sowie im Gastgewerbe und in der Verkehrswirtschaft.

Die bremische Beschäftigung folgt damit im Wesentlichen dem Entwicklungsmuster im westlichen Bundesgebiet, wo die Industrie, der Handel sowie Banken und Versicherungen ebenfalls - wenn auch nicht so stark - Einbußen verzeichneten. Positiv weicht die bremische Beschäftigungsentwicklung im erstmals seit vielen Jahren stabilisierten Baugewerbe sowie in den wachsenden Bereichen Erziehung, Unterricht von der Bundesentwicklung ab.

Die Industrie ist trotz der Arbeitsplatzverluste mit einem Beschäftigtenanteil von 22 % immer noch der bedeutendste Wirtschaftszweig, gefolgt von den Unternehmensdienstleistungen und vom Handel mit je 15 %. Mit jeweils 12 % der Beschäftigten folgen das Gesundheits- und Sozialwesen sowie der Bereich Verkehr / Nachrichtenübermittlung. Der bremische Beschäftigtenanteil in der Industrie liegt allerdings inzwischen 5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, während die Verkehrswirtschaft - getragen durch die dynamische Hafentwicklung – beim Beschäftigungsanteil des Wirtschaftszweigs Verkehr, Nachrichtenübermittlung den Bundeswert um 6 Punkte übersteigt.

Tabelle 2: Sektorale Beschäftigtenentwicklung 2006 / 2005

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Land Bremen		Westdeutschland
	Stand Juni 2006	Veränderung zu Juni 2005 in %	
Verarbeitendes Gewerbe	58.664	-3,6	-1,2
Energie- und Wasserversorgung	2.103	0,3	1,7
Baugewerbe	12.332	0,1	-0,6
Handel, Kfz-Instandhaltung und -Reparatur	39.229	-1,1	-0,1
Gastgewerbe	6.755	6,3	1,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	31.567	4,2	3,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	9.331	-2,4	-1,6
Unternehmensdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung	39.459	7,7	6,4
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	11.735	0,8	-0,4
Erziehung und Unterricht	11.198	2,4	-1,7
Gesundheits- und Sozialwesen	32.123	-0,2	0,8
Sonstige Dienstleistung, Priv. Haushalte	16.293	1,3	1,1
Sonstige (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Steine und Erden)	1.078	1,2	1,4
Gesamtwirtschaft	271.867	0,8	0,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Bei einer differenzierten Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung nach Männern und Frauen zeigt sich, dass der Anteil der Frauenbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung über den Zeitraum der 90er Jahre bis an den aktuellen Rand stetig ge-

stiegen ist und sich nunmehr bei 43 % stabilisiert hat. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die langfristige Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Frauen in Bremen.

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen

Jahr*	Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller
1991	123.329	39,6	100.683	39,2	22.276	41,5
1995	121.044	41,2	99.798	40,8	21.246	43,5
2003	119.755	42,7	100.226	42,2	19.529	45,3
2004	117.283	42,9	98.169	42,4	19.114	45,4
2005	116.825	43,3	97.817	42,9	19.008	45,6
2006	117.117	43,1	98.180	42,8	18.937	44,4

*Jeweils am 30.06. des Jahres

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Absolut ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen im Land Bremen wieder leicht angestiegen, was auf den Anstieg in der Stadt Bremen zurückzuführen ist. Gleichzeitig ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigten Frauen in der Stadt Bremen geringfügig angestiegen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Frauen

Jahr*	Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller
1991	35.359	28,7	29.023	28,8	6.336	28,4
1995	36.479	30,1	29.988	30,0	6.491	30,6
2003	41.703	34,8	35.156	35,1	6.547	33,5
2004	41.585	35,4	35.018	35,6	6.567	34,3
2005	41.529	35,5	35.022	35,8	6.507	34,2
2006	41.929	35,8	35.469	36,1	6.460	34,1

*Jeweils am 30.06. des Jahres

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Im Jahresdurchschnitt 2006 waren im Land Bremen etwa 47.700 Menschen arbeitslos, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von mehr als 10 % bedeutet (Tabelle 5). Dies entsprach einer Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen von 14,9 %. Nach wie vor ist aber die Situation in Bremerhaven mit jahresdurchschnittlich über 11.000 Arbeitslosen und einer Quote von 20,7 % besonders hoch.

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit im Land Bremen und Deutschland 2006

	Land Bremen	Stadt Bremen	Stadt Bremerhaven	Deutschland
Insgesamt	47.710	36.428	11.281	4.487.057
Männer	26.583	20.231	6.352	2.337.822
Frauen	21.126	16.197	4.930	2.149.118
Veränderung gegenüber Vorjahr				
Insgesamt	-5.513	-4.099	-1.416	-373.823
in %	-10,4	-10,1	-11,2	-7,7
Arbeitslosenquoten				
alle zivilen Erwerbspersonen	14,9	13,7	20,7	10,8
abhängige zivile Erwerbspersonen	16,3	15,0	22,4	12,0
darunter Männer	17,4	16,0	23,7	12,0
darunter Frauen	15,1	13,9	21,0	12,0

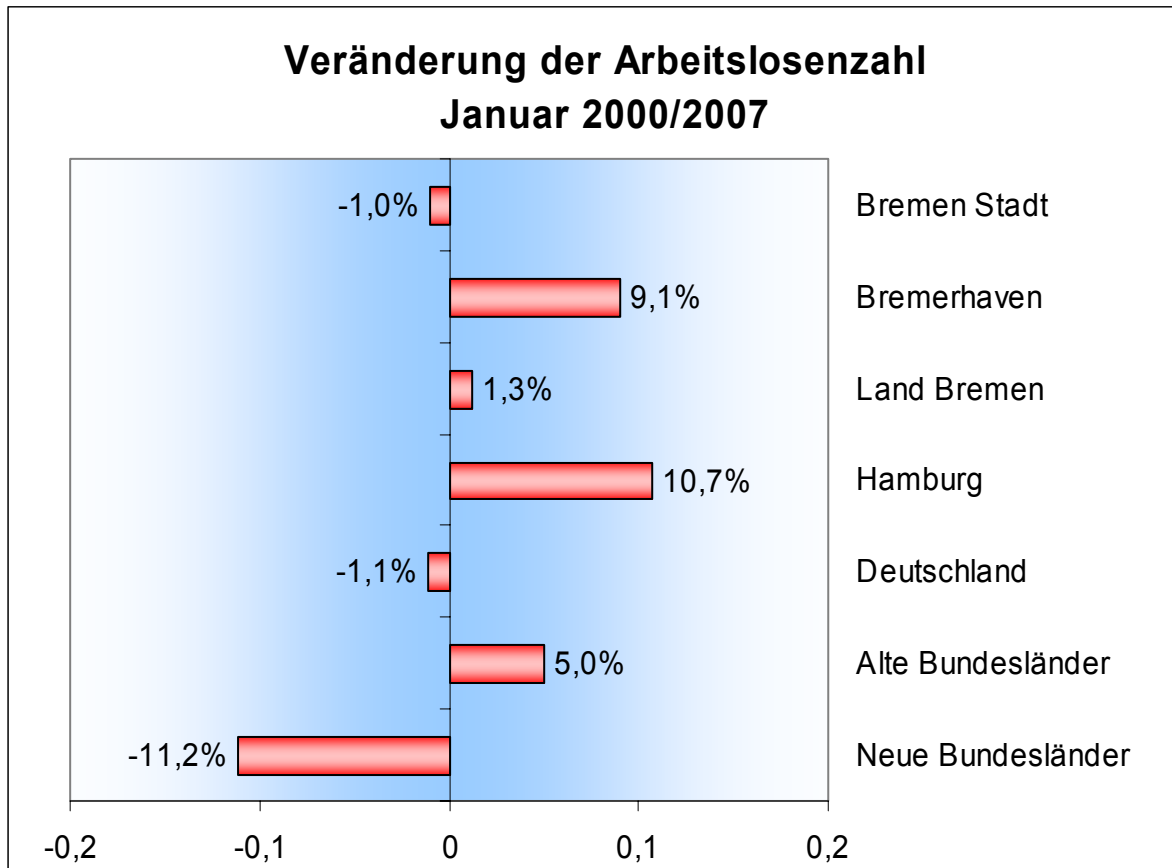
Quelle: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Lässt man den verzerrenden Hartz IV-Effekt¹ unberücksichtigt zeigt sich in einer längerfristigen Betrachtung der Jahre 2000 bis 2007 (Januar), dass sich die Arbeitslosigkeit im Land Bremen - gemessen an der Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen - um 1,3 % erhöht hat, während sich das Bundesniveau um 1,1 % verringerte (Abbildung 2). Dabei stellt sich die Arbeitsmarktsituation der Stadt Bremen ver-

¹ Die Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt im Rahmen der sog. Hartz IV-Gesetze führte im Jahr 2005 zu Änderungen in der Definition und Erfassung von Arbeitslosen. Durch die Aufnahme der als erwerbsfähig geltenden Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik kam es im gesamten Bundesgebiet zu einem sprunghaften Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen von 11,0 %, der im Land Bremen allerdings mit 25,7 % überdurchschnittlich ausfiel. Die darin zum Ausdruck kommende Aufdeckung eines zuvor nicht registrierten Teils der Arbeitslosigkeit durch die Hartz IV-Reformen zeigt deutlich, dass die Städte und Stadtstaaten im Vergleich zu den Flächenländern in Deutschland die Hauptlast der Arbeitsmarktprobleme zu tragen haben.

gleichsweise günstig dar, da dort die Zahl der Arbeitslosen leicht zurückging (-1,0 %), während sie in den alten Bundesländern (+5,0 %) und in Hamburg (+10,7 %) anstieg.

Abbildung 2: Veränderung der Arbeitslosenzahl



Quelle: Arbeitsamt Bremen, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Darstellung

Die Struktur und das Ausmaß der Frauenarbeitslosigkeit weist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt noch immer eine Besonderheit auf: mit 21,0 % war die Frauenarbeitslosenquote in Bremerhaven auch im Jahre 2006 deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (12,0 %), lag gleichzeitig aber auch mehr als zwei Prozentpunkte unter der der Männer (23,7 %), während die Arbeitslosenquote auf Bundesebene von Männern und Frauen beide gleich auf bei 12 % liegen. Auch in Bremen-Stadt lag die Frauenarbeitslosenquote über dem Bundesdurchschnitt (13,9 %), gleichzeitig aber auch rund zwei Prozentpunkte unter der der Männer. Dieses Ungleichgewicht auf dem bremischen Arbeitsmarkt ist darauf zurückzuführen, dass die strukturelle und konjunkturelle Krise beider Städte in den 90er Jahren traditionell männliche Beschäftigungsdomänen (etwa in der Werft-, Stahl- und Fischereindustrie) getroffen hat und

damit die Zahl der männlichen gegenüber der der weiblichen Arbeitslosen stärker angestiegen ist.²

Insgesamt verzeichnete die bremische Wirtschaft 2006 einen deutlichen Konjunkturaufschwung. Dazu beigetragen haben maßgeblich die Unternehmensdienstleistungen und die Hafen- und Verkehrswirtschaft sowie die Stabilisierung der Baukonjunktur und des Tourismus. In Bremerhaven kam es durch den Schiffbau und die Fischverarbeitung zu einer Festigung der industriellen Basis.

A.2 Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente (insbes. Integration mit Ziel 3)

Das Land Bremen verfügt über langjährige Erfahrungen im Bereich der **Verknüpfung der EFRE- mit der ESF-Förderung**. Dazu wurden im Zuge der Programmerstellung für die Ziele 2 und 3 für den Zeitraum 2000 bis 2006 zwischen dem Wirtschafts- und Arbeitsressort programmübergreifend arbeitsmarkt- und strukturpolitische Aktivitäten gemeinsam entwickelt.

Die geplanten regionalpolitischen Programmschwerpunkte des bremischen Ziel-2-Programms werden durch die bremischen ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms flankiert. Die Strategien und Schwerpunkte der Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik des Landes korrespondieren u. a. mit den Schwerpunkten des Ziel-2-Programms: Die Entwicklung hin zu einem regionalen Dienstleistungsarbeitsmarkt, die Förderung des Technologietransfers, des Unternehmergeistes und die Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft werden explizit als Ziele genannt. Damit ist eine Integration von EFRE- und ESF-Förderung gegeben. ESF-Maßnahmen innerhalb des Ziel-2-Programms sind nicht vorgesehen, da die Gefahr einer Doppelung mit der Ziel-3-Förderung bestehen würde. Gleichzeitig bedeutet dieses Vorgehen eine Vereinfachung der administrativen Umsetzung des – relativ kleinen - Ziel-2-Programms Bremen vor dem Hintergrund, dass auch laut Verordnung (EG) Nr 1260/1999 eine Beteiligung des ESF erst ab einem Anteil von 5 % des Mittelvolumens für sinnvoll erachtet wird. Beim bremischen Ziel-2-Programm handelt es sich somit um ein Monofondsprogramm, bei dem Interventionen ausschließlich über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert werden.

Die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten im Ziel-3-Programm werden durch die wirtschafts- und strukturpolitischen Aktivitäten im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000 -

² Dieses Bild war ohne den Hartz IV-Effekt im Jahre 2004 noch deutlich ausgeprägter, was darauf hindeutet, dass die bisher verdeckte Arbeitslosigkeit im Land Bremen hauptsächlich zu Lasten der Frauen gegangen ist.

2006 investiv flankiert. Die investive Ergänzung des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) ist daher in das Ziel-2-Programm integriert. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der engen Verzahnung bremischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen relevanten Politikfeldern im Bereich der Wirtschafts-, Struktur-, Umwelt- und Technologiepolitik möglich gewesen. Die konzeptionelle und strategische Verschränkung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes bietet so die Chance, inhaltliche und finanzielle Synergieeffekte zu realisieren.

Die programmübergreifende Verzahnung der regionalen Wirtschaftsstruktur- und Arbeitsmarktpolitik findet zum einen durch die Flankierung der Arbeitsmarktpolitik durch die regionalpolitischen, investiven Programmschwerpunkte des bremischen Ziel-2-Programms und zum anderen durch die bremischen ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms statt, welches die Schwerpunkte des Ziel-2-Programms durch qualifizierungs- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen begleitet. Insbesondere sind integrierte Förderungen vorgesehen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, im Rahmen der Tourismusförderungen, bei der städtischen Förderung und lokalen Entwicklungsprojekten.

In diesem Zusammenhang sind insbesondere folgende strategische Ausrichtungen der Ziel-3-Förderung des Landes Bremen für die Jahre 2000 – 2006 von Bedeutung:

- Berücksichtigung der **Gleichstellung von Frauen und Männern**: Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein allgemeines Ziel des ESF und hat auch im Land Bremen einen hohen Stellenwert. Das Land Bremen ist bestrebt, das Prinzip der Chancengleichheit im Sinne der EU („gender-mainstreaming-Ansatz“) umzusetzen. Das bedeutet, dass alle Programme, Maßnahmen und Initiativen so gestaltet sein müssen, dass sie der Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt Rechnung tragen. In diesem Bereich findet - wie oben beschrieben - eine enge Koordinierung mit einzelnen Fördervorhaben des EFRE im Ziel-2-Programm 2000 - 2006 statt. Somit stehen die im Rahmen des ESF unmittelbar auf Personen abzielenden und damit sehr zielgerichteten Gender-Ansätze mittelbar auch in Verbindung mit der EFRE-Förderung. Hier wird ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung des Gender Mainstreaming über die Ziel-3-Förderung geleistet, welcher in anderen Regionen über eine ESF-Beteiligung im Rahmen von Ziel 2 direkt umgesetzt wird. Dies soll die EFRE-Förderung jedoch nicht von der Notwendigkeit entbinden, dort ebenfalls vorhandene Potenziale zur Berücksichtigung der Chancengleichheit auszuschöpfen. Gleichwohl liegen hierzu noch vergleichsweise wenig Erfahrungen vor und der Charakter der überwiegend infrastrukturellen Förderung bedingt andere und zudem häufig nur indirekt wirkende Vorgehensmöglichkeiten.

- Berücksichtigung der **nachhaltigen Entwicklung**: Unter dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ wird ein Entwicklungsmodell verstanden, mit dem drei Ziele angestrebt werden, die sowohl für die heutigen als auch die zukünftigen Generationen erreichbar sein sollen: dauerhaftes Wirtschaftswachstum, sozialer Zusammenhalt durch Beschäftigung und hohe Lebensqualität für alle, Verbesserung und Erhaltung der lebensnotwendigen natürlichen Ressourcen. Da es sich hier hauptsächlich um Maßnahmen der regionalen Entwicklung, die in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt anzusiedeln sind, handelt, wird der ESF einen flankierenden Beitrag durch verschiedene Interventionsformen wie z. B. Maßnahmen zur beruflichen Bildung oder Beschäftigung im Umweltbereich leisten.
- Beachtung der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Dimension der **Informationsgesellschaft**: Das Land Bremen verfolgte bereits in der Förderperiode 1994 - 1999 das Ziel, den Strukturwandel zur Informationsgesellschaft zu unterstützen bzw. qualifikatorisch zu begleiten. In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren sind bereits themenzentrierte Projekte durchgeführt oder begonnen worden. Es ist z. B. mit dem von der EU geförderten Projekt BRISE gelungen, unter Beteiligung aller relevanten Gruppen die Entwicklung von Strategien und Aktionen zur bestmöglichen Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken voranzutreiben. Förderaktivitäten des ESF werden mit Projekten des EFRE im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000 - 2006 zum Bereich Informationsgesellschaft koordiniert. Mit dem Einsatz dieser Technologien wird die Möglichkeit zur Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene erheblich verbessert und erleichtert. In der aktuellen Förderphase unterstützt und begleitet das Land Bremen Unternehmen, Beschäftigte, Arbeitslose und Existenzgründer/innen auf dem Weg zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft durch flankierende Qualifizierungsmaßnahmen. Die Erweiterung der Medienkompetenz nimmt ebenfalls einen sehr hohen Stellenwert als Querschnittskompetenz in allen Maßnahmen ein.
- **Förderung lokaler Entwicklungsprojekte und lokaler Beschäftigungsinitiativen**, einschließlich territorialer Beschäftigungsbündnisse: Im Sinne einer sozialen und nachhaltigen kommunalen und regionalen Entwicklung sollen kommunale/lokale Entwicklungsprojekte unterstützt werden. Das Land Bremen realisiert in zwei ausgewählten Ziel-2-Gebieten - Ortsteile Hemelingen (Bremen) und Geestendorf (Bremerhaven) – Projekte in vergleichsweise ähnlicher Form, wie sie in der regionalen Gemeinschaftsinitiative URBAN in Bremen-Gröpelingen sowie im Rahmen von Artikel 10 (EFRE-Verordnung) in Bremerhaven Grünhöfe erfolgreich umgesetzt wurden. Diese Vorhaben sollen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergänzt bzw. flankiert werden. Das von der Europäischen Kommission geförderte territoriale Beschäftigungsbündnis in Bremen (TEP) hat wirksame be-

schäftigungsfördernde Maßnahmen und Initiativen auf den Weg gebracht und begleitet. Aufgrund seiner erfolgreichen Arbeit soll dieser Ansatz in der aktuellen Programmplanungsphase weiter etabliert und gefördert werden.

B. Stand der Durchführung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen

B.1 Beschreibung der Maßnahmen und Projekte inklusive Analyse der Indikatoren sowie Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-ante-Evaluierung

In diesem Abschnitt wird über den Stand der Durchführung berichtet, sowie ein Abgleich mit den Zielgrößen der Ex-ante-Evaluierung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen vorgenommen.

In der folgenden maßnahmespezifischen Darstellung sind die Mittelbindungen und Zahlungen sowohl für das Jahr 2006 als auch für den Gesamtzeitraum von 2000 bis Ende 2006 genannt. Die den einzelnen Maßnahmen zugeordneten Interventionsbereiche sind nachfolgend in Klammern angegeben und in der Tabelle im Anhang 1 aufgeführt. Zum Stand der Mittelbindung und Auszahlung³ siehe auch Anhang 2.

Schwerpunkt 1: Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur

Im Schwerpunkt 1 sind von 19.628.102 € am 31.12.2006 19.250.977 € (98,08 %) der Mittel gebunden und 12.175.105 € (62,03 %) ausgezahlt. Die Mittelbindung im Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006 beträgt 5.933.116 €, die Auszahlung im selben Zeitraum liegt bei 1.569.114 €.

³ Mittelbindung und Auszahlung per Datenbestand im EFRE Plan vom 15.05.2007.

Maßnahme 1.1: Finanzierungshilfen für KMU (161)

In Bremen erfolgt die Förderung von KMU über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und das Landesinvestitionsförderprogramm (LIP).

Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) können Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der wirtschaftsnahen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten gefördert werden, durch die die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden. Voraussetzung ist, dass die geförderten Betriebsstätten sowohl im GA- als auch im Ziel-2-Fördergebiet ihren Sitz haben. Die GA-Förderung innerhalb des Ziel-2-Programms setzt sich aus 50 % EFRE-Mitteln und 50 % Landesmitteln zusammen, es sind also keine Bundesmittel aus der GA enthalten.

Seit 1997 können auch im Rahmen der GA die im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms gewährten besonderen Bonusförderungen für die Schaffung von Frauenarbeits- und Ausbildungsplätzen vergeben werden (s.u.).

Im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms werden Investitionszuschüsse zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) des Handwerks, des Handels, der Industrie, der gewerbeorientierten freien Berufe, des Dienstleistungsgewerbes sowie sonstiger Gewerbetreibender im Lande Bremen nach Maßgabe dieser Richtlinie gewährt. Daneben werden Bonusförderungen für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen und für die Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie Zuschüsse für Beratungsleistungen gewährt. Die hierfür bewilligten Landesmittel sind zusätzliche Finanzierungshilfen. Sie sind nicht dazu vorgesehen, andere öffentliche oder sonstige Mittel Dritter zu ersetzen.

Die Kriterien für eine Bonusförderung wurden im Jährlichen Durchführungsbericht für das Jahr 2002 ausführlich dargestellt. Der Bericht kann unter www.efre-bremen.de abgerufen werden.

Der früher gewährte Umweltbonus wurde vom Land Bremen aus der Notifizierung des LIP genommen, nachdem die Generaldirektion Wettbewerb massive Bedenken gegen diesen Umweltbonus geäußert und ein Prüfverfahren eröffnet hatte. Das LIP wurde daraufhin von der Kommission genehmigt. Zur Unterstützung umweltfreundlicher Investitionen bietet das Land Bremen spezifische Umweltförderprogramme an. Zu nennen sind die Richtlinie zur Förderung der sparsamen und rationellen Energienutzung (REN-Richtlinie) und die Richtlinie zur Förderung von Investitionen für den

Aufbau einer Kreislauf-Wirtschaftsinfrastruktur. Die Konditionen sind für die Unternehmen dabei zum Teil sogar deutlich besser als bei der bisherigen LIP-Förderung.

Die Förderung im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogrammes (LIP) stellt eine wichtige Säule zur Stärkung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen dar. Gefördert wurden überwiegend kleine Unternehmen (unter 50 Beschäftigte) im Sinne der Grenzen der KMU-Richtlinie.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wurde im Jahr 2000 begonnen. Im September 2004 wurden nach Beschlußfassung des Begleitausschusses 536.813 € von dieser Maßnahme zur Maßnahme 1.2 verschoben, um die Umsetzung eines weiteren Projektes zu ermöglichen. Der Maßnahme 1.1 stehen seitdem 16.438.822 € zur Verfügung. Hiervon wurden bis Ende 2006 16.590.099 € (100,92 %) gebunden und 10.485.760 € (63,79 %) ausgezahlt. Die Mittelbindung im Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006 beträgt 5.933.116 €, die Auszahlung im selben Zeitraum liegt bei 1.386.655 €.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Im Berichtszeitraum (2006) wurden 36 neue Projekte bewilligt; bis Ende 2006 wurden insgesamt 156 Unternehmen gefördert. Bei den neu bewilligten Projekten handelte es sich in vier Fällen um Neuerrichtungen, ansonsten um sonstige Investitionsmaßnahmen (Erweiterungen, Modernisierungen oder Rationalisierungen). Von den im Jahr 2006 bewilligten Förderfällen konnten in fünf Fällen Boni für die zusätzliche Schaffung von Frauenarbeitsplätzen („Frauenbonus“) in Höhe von insgesamt 23.000 € vergeben werden. In fünf Fällen gab es Boni für die Neuschaffung von Ausbildungsplätzen in Höhe von insgesamt 25.900 €.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Jahr 2006 im Rahmen von GA/LIP bewilligten Projekte:

2006	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
neu bewilligte Förderfälle	15	21	36
Projekte mit Frauen-Bonus	3	2	5
Projekte mit Auszubildenden-Bonus	2	3	5
Neuerrichtungen	1	3	4
Erwerb einer v. Stilllegung bedr. Betriebsstätte	0	0	0
Sonstige Investitionen	14	18	32
Neu geschaffene Arbeitsplätze (geplant), gesamt	19	37,5	56,5
davon für Männer	13	21	34
davon für Frauen	3	4,5	7,5
davon für Auszubildende	3	12	15
Gesicherte Arbeitsplätze (im Betrieb vorhandene Arbeitsplätze)	238,5	414,0	652,5
davon für Männer	191,0	310,5	501,5
davon für Frauen	40,5	70,5	111
davon für Auszubildende	7,0	33	40
Induziertes gesamtes Investitionsvolumen	13.441.434 €	19.848.985 €	33.290.419 €

Die sektorale Zusammensetzung der geförderten Fälle stellt sich folgendermaßen dar:

Jahr	Bremen		Bremerhaven	
	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen
2000	52,6 %	47,4 %	72,7 %	27,3 %
2001	62,5 %	37,5 %	57,1 %	42,9 %
2002	37,0 %	63,0 %	50,0 %	50,0 %
2003	0,0 %	100,0 %	10,0 %	90,0 %
2004	25,0 %	75,0 %	64,7 %	35,3 %
2005	55,6 %	44,4 %	57,1 %	42,9 %
2006	54,9 %	45,1 %	52,8 %	47,2 %

Die bis einschließlich 2006 gewährten 156 Finanzierungshilfen für KMU übertreffen die Spanne der ex ante bis zum Jahre 2006 quantifizierten Wirkungen (70 – 130 Unternehmen).

Bislang konnten Unternehmen durch die Finanzierungshilfen insgesamt 655 neue Arbeitsplätze schaffen, was innerhalb der Spannweite der Ex-ante-Quantifizierung (500 - 800 zusätzliche Arbeitsplätze) liegt.

Die gesicherten Arbeitsplätze addieren sich bislang auf rund 2.450, was etwa dem oberen Wert der ex ante anvisierten Zielmarke (2.000 – 2.500 gesicherte Arbeitsplätze) entspricht.

Die Summe der insgesamt bereits vergebenen „Frauenboni“ beträgt rund 104.000 € (in 17 Projekten) und 168.900 € beim Bonus für Auszubildende (in 28 Projekten). Für Boni gibt es keine Ex-ante-Quantifizierungen.

Maßnahme 1.2: Innovative Existenzgründungen (163)

Für diese Maßnahme stehen nach der vom Begleitausschuss im September 2004 genehmigten Aufstockung insgesamt 3.189.280 € zur Verfügung. Der Änderungsantrag von November 2006 sieht für diese Maßnahme eine Kürzung in Höhe von 416.000 € vor, da die für das Projekt „Coach auf Zeit“ zur Verfügung gestellten Mittel nach Einstellung des Projekts nicht weiter benötigt werden (s. Bericht für das Jahr 2005). Da der Antrag von November 2006 nicht mehr im Jahr 2006 entschieden wurde, ist die Bezugsbasis der Betrag vor der Antragstellung.

Bis Ende 2006 waren 2.660.878 € (83,43 %) gebunden und 1.689.345 € (52,97 %) ausgezahlt. Auf das Jahr 2006 entfallen 0 € an Mittelbindung und 182.459 € an Auszahlung.

Förderziel ist die Unterstützung der Vorbereitung von Existenzgründungen durch HochschulabsolventInnen und Young Professionals zur Initiierung innovativer Unternehmensgründungen. Bewerben können sich Personen, die ihr Hochschulstudium oder ihre Promotion innerhalb der letzten fünf Jahre abgeschlossen haben, oder die kurz vor Abschluss derselben stehen, und die sich in Bremen oder in Bremerhaven selbständig machen wollen. Gefördert werden innovative Ideen für Produkte oder Dienstleistungen aus den Bereichen Telekommunikation, IuK-Technologie, Multimedia, Entertainment, Gesundheits- und Umweltwirtschaft oder Biotechnologie. Die Förderung erfolgt in Form eines Gründungstrainings, betriebswirtschaftlicher Qualifizierung sowie finanzieller Unterstützung durch sogenannte Meilensteinförderung.

Im Jahr 2006 wurde das Projekt bis Ende 2008 verlängert.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Im Jahr 2006 wurden 50 Personen mit 33 Gründungsvorhaben im Rahmen dieser Existenzgründungsinitiative unterstützt. In den Jahren 2002 – 2006 haben insgesamt 167 Teilnehmer (davon 45 Frauen) mit 116 Gründungsvorhaben an dem Existenzgründungsscoaching teilgenommen. Bislang kam es zu 38 Existenzgründungen, davon zehn im Jahr 2006. Alle Gründungen entfielen auf den Bereich Dienstleistungen, davon vier im technologieintensiven Dienstleistungsgewerbe.

Insgesamt entstanden im Zuge der Existenzgründungen 81 Arbeitsplätze (davon 28 für Frauen). Die Qualität der neuen Arbeitsplätze wird dadurch deutlich, dass 40 Hochschulabsolventen diese Stellen besetzten (davon vierzehn Frauen). Die Marktfähigkeit der Vorhaben wird dadurch belegt, dass 90% der Unternehmen, deren Gründung max. drei Jahre zurückliegt, noch bestehen.

Die Anzahl der TeilnehmerInnen (StipendiatInnen) sollte laut Ex-ante-Quantifizierung rund 15 Personen pro Jahr betragen, wobei es im Programmzeitraum zu insgesamt 50 - 70 Existenzgründungen kommen soll. Die Anzahl der Teilnehmer liegt mit 167 in fünf Jahren deutlich über der Quantifizierung. Mit den realisierten 38 Existenzgründungen sind Dreiviertel der Zielvorgabe eingetreten.

Schwerpunkt 2: Stärkung des Dienstleistungssektors

Im Schwerpunkt 2 sind von 128.457.976 € bis Ende 2006 124.131.359 € (96,63 %) gebunden und 80.406.556 € (62,59 %) ausgezahlt worden. Auf das Jahr 2006 entfallen 31.209.298 € an Mittelbindungen und 13.982.877 € an Auszahlungen. Mit Entscheidung des Begleitausschusses vom 26.09.2006 wurden 2.000.000 € innerhalb des Schwerpunktes verschoben. Die Maßnahmen 2.1, 2.2 und 2.3 wurden zulasten von Maßnahme 2.4 aufgestockt.

Maßnahme 2.1: Förderung der Informationsgesellschaft (322)

Das Mittelvolumen dieser Maßnahme wurde durch die Änderungsentscheidung K(2002) 1656 von 37.134.200 € auf 32.762.654 € reduziert. Mit dem Antrag zur Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve ist eine weitere Reduzierung dieser Maßnahme um rund 14 Mio. € vorgenommen worden. Mit Entscheidung des Begleitausschusses vom September 2006 wurde diese Maßnahme um 263.000 € aufgestockt. Das aktuelle Mittelvolumen der Maßnahme beträgt 18.961.654 € (siehe auch D.5).

Die Umsetzung dieser Maßnahme hat 2003 begonnen. Im Jahr 2006 wurden 12.248.463 € gebunden und 3.145.767 € ausgezahlt. Die Mittelbindung insgesamt beträgt 18.721.546 € (98,73 %), ausgezahlt wurden 3.954.677 € (20,86 %)

In dieser Maßnahme werden Projekte im Rahmen des Förderprogramms „eEntertainment und eCulture“ umgesetzt. Das Förderprogramm soll innovative Projekte aus dem Themengebiet eEntertainment und eCulture fördern, insbesondere aus den Zielthemen mobile Gaming, Edutainment, e/mCulture oder e/mTourismus⁴. Zielgruppe sind Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen im Rahmen von Verbundprojekten und Institutionen.

Ein weiteres Projekt dieser Maßnahme ist die „eCulture Factory“. Dahinter verbirgt sich die Ansiedlung einer Arbeitsgruppe des Fraunhofer-Instituts für Medienkommunikation, St. Augustin. Ziel der Ansiedlung der Arbeitsgruppe ist die Entwicklung eines Kompetenzzentrums für anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung im Bereich eCulture / eEntertainment. Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe zählen die Forschung und Entwicklung sowie der Transfer neuer Konzepte, Prototypen, Services und Produkte für interaktive Medien in Kunst, Kultur und Entertainment.

Ebenfalls ein Projekt dieser Maßnahme ist der dritte Bauabschnitt des t.i.m.e.Ports mit seiner inhaltlichen Schwerpunktsetzung auf IT-Anwendungen im Bereich der Meereswissenschaften und Meereswirtschaft.

Im t.i.m.e.Port II an der Barkhausenstraße soll das „Maritime Schaufenster“ entstehen. Dieses multimediale Präsentationsforum soll den Nutzern des t.i.m.e.Port II aber auch öffentlichen Nutzern den Zugang zu den maritimen Potentialen der Seestadt sowohl im Hinblick auf die wirtschaftlichen als auch auf die touristischen Aspekte der maritimen Wirtschaft und der mit ihr verbundenen Örtlichkeiten und Ereignisse vor allem in den Hafengebieten eröffnen.

⁴ e = electronic, m = mobile

Die Ansiedlung der Fraunhofer Projektgruppe „Numerische Systeme“ aus dem Bremer Fraunhofer Institut für Fertigungstechnik und Materialforschung (IFAM) und dem Darmstädter Fraunhofer Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit, die zunächst für den t.i.m.e.Port III geplant war, soll nun im neu gegründeten Fraunhofer Center für Windenergie und Meerestechnik (CWMT) erfolgen. Das CWMT beinhaltet das Kompetenzzentrum Rotorblatt (s. auch Maßnahme 3.2) und ergänzend dazu ein Kompetenzzentrum für Maritime Strukturen und Anlagen.

Im Rahmen des Förderkonzeptes zur Entwicklung eines bremischen Robotikclusters soll ein Koordinationsbüro Robotik eingerichtet werden, das als Netzwerkknoten den Dialog zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen und der Wirtschaft unterstützen soll. Darüber hinaus sollen für innovative Ideen und Konzepte Kontakte zu möglichen Kooperationspartnern und Auftraggebern hergestellt und begleitet werden. Auch soll z.B. die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen in Richtung Marktreife über Einzelprojekte unterstützt werden. Ergänzt wird dieses Förderkonzept durch das Förderprogramm Robotik, durch das verschiedene FuE-Förderprojekte und Begleitmaßnahmen im Themenfeld Robotik umgesetzt werden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Im Rahmen von drei Modellprojekten ist die Schaffung von 16 direkten neuen Arbeitsplätzen geplant. Davon realisiert wurden bislang elf Arbeitsplätze. Die wesentlichen Effekte dieser Transferprojekte werden im Bereich von indirekten Arbeitplatzeffekten bei den Betrieben liegen, die vom Know-how des Technologietransfers profitieren. Eine valide Quantifizierung dieser Effekte ist nicht möglich.

Neben diesen drei Vorhaben wurden bisher weitere zwanzig Projekte gefördert (2006 sind 11 Projekte hinzugekommen). Hierbei handelt es sich um betriebliche Entwicklungsprojekte nach der FuE-Richtlinie, darunter waren bisher 2 Neugründungen. Insgesamt konnten rund 60 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Laut Ex-ante-Quantifizierung soll die Maßnahme insgesamt 15 Förderfälle umfassen, was deutlich überschritten werden konnte.

Maßnahme 2.2: Technologie-orientierte Einrichtungen/Technologietransfer (182)

Mit dem Antrag auf Einstellung zur Leistungsgebundenen Reserve wurde eine Erhöhung dieser Maßnahme um gut 2 Mio € entschieden. Diese Maßnahme wurde nochmals durch die Entscheidung des Begleitausschusses von September 2006 um 1.437.000 € aufgestockt. Das aktuelle Mittelvolumen dieser Maßnahme beträgt

46.969.246 €. Ein Teil dieser Maßnahme fällt in den Verantwortungsbereich des Arbeitsressorts zur Umsetzung des Landesprogramms Arbeit und Technik. Für das Landesprogramm Arbeit und Technik stehen 8.014.000 € zur Verfügung. Der Bereich dieser Maßnahme, der vom Wirtschaftsressort umgesetzt wird, beläuft sich auf 38.955.246 €.

In dieser Maßnahme konnten bis 31.12.2006 46.156.376 € (98,27 %) gebunden und 31.915.671 € (67,95 %) ausgezahlt werden. Auf das Jahr 2006 entfallen 11.254.533 € an Mittelbindung und 4.044.596 € an Auszahlung.

Im Rahmen des Landesprogramms Arbeit und Technik wurden im Jahr 2006 zwei neue Projekte bewilligt. Insgesamt sind damit 88,36 % der zur Verfügung stehenden Mittel gebunden (7.081.181 €). Ausgezahlt wurden 4.856.471 €, das entspricht 60,60 %.

Im Rahmen des FuE-Programms wurden bis Ende des Jahres 2006 15 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1.170.552 € bewilligt.

Neu bewilligt wurde eine Erweiterung des bereits finanzierten Biotechnologiezentrums BioNord in Bremerhaven. Hierfür wurden rund 8,5 Mio € bereitgestellt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Technologie - Infrastrukturprojekte

Mit den drei geförderten Technologie-Infrastrukturprojekten ist die ex ante formulierte Zielgröße erreicht. Diese drei Projekte betreffen alle Technologie- und Gründerzentren. Die geförderte Nutzfläche beträgt insgesamt rund 6.600 qm. In den Gründerzentren waren 2006 insgesamt 80 Unternehmen tätig (36 im Gründerzentrum Airport, 35 im Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum BRIG, 9 im Biotechnologiezentrum Bremerhaven). Die Unternehmen kommen zumeist aus dem technologieintensiven Dienstleistungsgewerbe. In den Gründerzentren entstanden 397 neue Arbeitsplätze (davon 104 für Frauen). Rund 287 dieser Arbeitsplätze entfallen auf FuE-Personal (davon 66 Frauen). Ex ante wurde die Zielmarke bei 150 – 200 geschaffenen Arbeitsplätzen für die Gründerzentren gesetzt. Diese Marke ist übertroffen. Die Frauenquote liegt dabei mit 26 % niedriger als ex ante quantifiziert (40 %). Zusätzlich entstanden drei neue Arbeitsplätze im BILB (Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik).

FuE-Projekte

Im Rahmen der Maßnahmen wurden bisher 26 FuE-Projekte gefördert, welche mit der Schaffung von 27,5 neuen Arbeitsplätzen (davon 7,5 von Frauen besetzt) verbunden waren. Bisher waren 3 Neugründungen unter den geförderten Unternehmen.

Verbundprojekte / Kooperationspartner

Die Ex-ante-Quantifizierung ging von insgesamt fünf Verbundprojekten im Bereich „Arbeit und Technik“ aus. Mittlerweile werden 17 Projekte auf der Basis des Landesprogramms „Arbeit und Technik“ gefördert, womit die Zielvorgabe übererfüllt ist. Laut Ex-ante-Quantifizierung sollten sich an den Verbundprojekten insgesamt bis zu 30 Kooperationspartnern beteiligen. Bisher sind 137 Kooperationspartner aus verschiedenen Branchen einbezogen, wobei die Kategorien „Logistik“ und „Sonstige“ überwiegen.

Aber auch an weiteren Projekten sind Kooperationspartner beteiligt: An der Transferagentur „InnoWi GmbH“, am Projekt „BILB“ (Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik), am mittlerweile abgeschlossenen Projekt „PHOENIX“ und am Projekt „Digital Aircraft Center“. Im Hinblick auf Akzeptanz und offensichtliche Übereinstimmung mit dem Bedarf ist hervorzuheben, dass die „InnoWi GmbH“ auch im Jahr 2006 ihre Beratungszahl mit 240 Kontakten auf hohem Niveau stabilisieren konnte.

Die gesicherten Arbeitsplätze, die dem Bereich „Arbeit und Technik“ zuzuordnen sind, umfassen derzeit 948 Beschäftigte (davon rund 35 % Frauen) in den beteiligten Unternehmen. Die Ex-ante-Quantifizierung ging von 240 Arbeitsplätzen aus. Die Quote der Frauenarbeitsplätze liegt etwas unter der Ex-ante-Quantifizierung von 40 %.

Maßnahme 2.3: Förderung des Fremdenverkehrs (171)

Diese Maßnahme wurde durch die Entscheidung des Begleitausschusses von September 2006 um 300.000 € aufgestockt. Das Mittelvolumen beläuft sich nun auf 32.208.930 €. Bis zum 31.12.2006 konnte diese Maßnahme mit einem Mittelvolumen von insgesamt 32.195.144 € zu 99,96 % gebunden werden, davon 31.238 € in 2006. Ausgezahlt wurden insgesamt 26.302.634 € (81,66 %), davon 1.872.640 € in 2006.

In dieser Maßnahme wurde im Jahr 2006 eine Erweiterung des Radweges „Grüner Ring“ in Strom und Seehausen bewilligt.

Die Fortsetzung des Projekts „Gläserne Werft“ ist nach der Insolvenz der Bremer Bootsbau Vegesack (Anmeldung zum 01.06.2006) ungeklärt. Im Berichtszeitraum wurde hier keine Entscheidung getroffen.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die Modernisierung des Columbusbahnhofs soll wesentlich zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Bremerhavens im Kreuzfahrtgeschäft beitragen. Hier bestätigen auch die neuen Daten die positive Umsetzung nach der Fertigstellung des Terminals: In 2006 hatte der Columbusbahnhof 77.600 Gäste, was wieder eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Insgesamt wurde der Terminal in den Jahren 2002 – 2006 von insgesamt rund 334.600 Personen genutzt.

Im Rahmen des Infrastrukturprojekts „Schulschiffanleger“ wurde ein Anleger modernisiert. Mittlerweile liegt dort ein holländisches Segelschiff, welches z.Zt. noch durch den Eigner zu einem Restaurant- und Veranstaltungsschiff umgebaut wird. Das Projekt „Gläserne Werft“ befindet sich noch in der Umsetzungsphase. Wirkungen werden sich erst nach Abschluss des Projekts einstellen.

Insgesamt sind bisher sieben Infrastrukturprojekte gefördert worden bzw. werden noch gefördert, wodurch die Ex-ante-Quantifizierung in diesem Bereich mehr als erfüllt wird. Hinzu kommt ein Konzept für den „Maritimen Trail“.

Maßnahme 2.4: Neue Dienstleistungen / Kohärenzprojekte (163)

Mit dem Antrag auf Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve wurde das Mittelvolumen dieser Maßnahme um gut 11 Mio. € auf 32.318.146 € erhöht. Durch die Entscheidung des Begleitausschusses im September 2006 wurde die Maßnahme um 2.000.000 € reduziert. Das aktuelle Mittelvolumen beläuft sich auf 30.318.146 €. Hiervon wurden bis zum 31.12.2006 27.058.294 € (89,25 %) gebunden und 18.233.573 € (60,14 %) ausgezahlt. Auf das Jahr 2006 entfallen 7.675.064 € an Mittelbindungen und 4.919.874 € an Auszahlungen.

Ein Teil dieser Maßnahme wird unter der Verantwortung des **Arbeitsressorts** umgesetzt. Dieser Bereich wurde im Rahmen des Änderungsantrags um 8,393 Mio € aufgestockt, die aus dem Ansatz für das Landesprogramm Arbeit und Technik aus Maßnahme 2.2 umgeschichtet wurden. Für den Bereich des **Wirtschaftsressorts** erfolgte eine Aufstockung um rund 3 Mio € aus Maßnahme 2.1. Durch die Umschichtung im September 2006 verringerte sich die zur Verfügung stehenden Mittel um 2.000.000 €. Für das Arbeitsressort stehen damit in dieser Maßnahme insgesamt 24.244.000 € zur Verfügung, von denen bis Ende 2006 21.877.711 € gebunden und 14.034.003 € ausgezahlt waren. Es befinden sich 30 Projekte in der Umsetzung.

Das **Wirtschaftsressort** hat einen Anteil von 6.074.146 € an dieser Maßnahme, von denen bis Ende 2006 für 11 Projekte 5.180.581 € gebunden und 4.429.065 € ausge-

zahlt waren. Im Berichtsjahr wurden Mittel für die Fortsetzung der Stipendien des Designlabors Bremerhaven für 2006 und die Fortsetzung der Förderung der Design GmbH für 2006 und 2007 bewilligt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die ex ante quantifizierten zwei Kompetenzzentren im Bereich Design befinden sich in der Förderung. In den Jahren 2002 – 2006 kam es bislang zu 322 einzelbetrieblichen Beratungen in Designfragen. Weiterhin wurden 2006 das iid Steinbeiß Institut sowie ein Stipendiatenmodell im Bereich Design in Bremerhaven gefördert. Im Rahmen der Designförderung konnten in Bremen und Bremerhaven bislang jeweils direkt drei Arbeitsplätze gesichert werden, wobei es sich hier aber um einen nachrangigen Effekt handelt. Vorrangiges Ziel ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch gesteigertes Know-how im Bereich Design und überzeugende Produktgestaltung.

Weiterhin befanden sich bisher neun regionale Kompetenzzentren in der Förderung, welche regionale oder unternehmensbezogene Qualifikationslücken durch verschiedene Dienstleistungsangebote schließen. Die Anzahl übertrifft die Ex-ante-Quantifizierung von sechs Zentren.

Die Zielmarke von mindestens zwei bis drei Kohärenzprojekten ist mit den acht geförderten Projekten erreicht. Hier werden / wurden drei Schiffe zu touristischen Attraktionen umgebaut bzw. nachgebaut (eines mehr als ex ante geplant). Im Rahmen der Restaurierung der Schiffe wurden bisher 150 Menschen qualifiziert (diese Qualifizierungen sind dem ESF-Programm zuzuordnen, aus dem EFRE werden die investiven Maßnahmen finanziert).

Zudem erhielten bislang zwei Entwicklungskonzepte eine Förderung mit Ziel-2-Mitteln. Diese beinhalten die Stärkung der gewerblichen und touristischen Aktivitäten im Stadtteil Bremen-Blumenthal.

2006 wurden zwei Beratungsstellen für Frauen gefördert (bisher insgesamt drei Beratungsstellen für Frauen (eine in Bremerhaven, zwei in Bremen), ex ante wurden nur zwei Beratungsstellen formuliert). Die in den Beratungsstellen durchgeführten Beratungen sind der Tabelle zu entnehmen. Nach der Ex-ante-Quantifizierung sollten schätzungsweise rund 300 Beratungen jährlich in diesen geförderten Projekten durchgeführt werden. Dieser Wert wurde für die letzten Jahre übertroffen. Hervorzuheben ist, dass bislang als Folge dieser Beratungen 302 Existenzgründungen zu verzeichnen sind (hierfür liegt keine Ex-ante-Quantifizierung vor).

Nachfolgend eine Aufstellung der durchgeführten Beratungen bei den Beratungsprojekten für Frauen.

Zuwendungsempfänger	EBN e.V.					Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V.					AFZ Bremen GmbH						
Projektname	EBN Karriereplanung Frauen	Bremer Cross Mentoring	Berufswegorientierung Frauen			ZIB Bremen	Frauen in Arbeit und Wirtschaft			Frau und Beruf*					Ges.		
	beendet	beendet		beendet		beendet											
	2002	2003	2004	2004	2005	2002	2003	2004	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006	
Adressaten des Projekts																	
Natürliche Personen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Organisationen	-	-	-			-	-	-				-	-	-	-	-	
Existenzgründer	-	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Beratungsformen																	
Informationsveranstaltungen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Kurzberatung, telef. vor Ort (bis zu 15 Min.)	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Einmalige Intensivberatung	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Beratungsprozesse	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Informationsveranstaltungen / Tagungen																	
Wie viele Personen haben an Informationsveranstaltungen teilgenommen?	335	81	0	688	250	182	524	25	594	467	675	42	689	654	965	947	7.118
Wie viele Personen waren davon weiblich?	330	71	0	462	220	162	379	25	594	467	675	42	638	522	965	700	6.252
Kurzberatung, telefonisch, vor Ort (bis zu 15 Min)																	
Wie viele Personen haben an Kurzberatungen teilgenommen?	413	85	0	285	24	448	1.356	-	1646	1027	2292	14	60	111	45	65	7.871
Wie viele Personen waren davon weiblich?	413	70	0	285	24	448	1.329	-	1646	1027	2292	14	60	111	44	65	7.828
Einmalige Intensivberatungen																	
Wie viele Personen haben an intensiven Einzelberatungen teilgenommen?	94	11	0	73	24	189	286	61	328	197	380	90	k.A.	180	273	365	2.551
Wie viele Personen waren davon weiblich?	94	10	0	73	24	189	286	61	328	197	380	90	k.A.	180	250	354	2.516
Beratungsprozesse																	
Wie viele Personen haben an Beratungsprozessen teilgenommen?	41	24	23	101	19	18	38	9	244	131	497	49	240	248	101	325	2.108
Wie viele Personen waren davon weiblich?	41	19	19	101	19	18	38	9	244	131	497	49	230	248	99	317	2.079
Zu wie vielen Existenzgründungen kam es?	2	2	1	0	5	28	0	20	17	74	11	37	41	20	44	302	

* in den Jahren 2004 und 2005 erfolgte keine Erhebung des Status der beratenen Personen

Schwerpunkt 3: Umweltschutz, Flächenwiederherrichtung

Das Mittelvolumen beläuft sich insgesamt auf 66.087.862 €. Mit dem Änderungsantrag von Juni 2006 wurden 1.840.520 € von Maßnahme 3.3 zu Maßnahme 3.1 verschoben.

Mit dem Änderungsantrag von November 2006 soll der Schwerpunkt erneut aufgestockt werden: für die Maßnahme 3.3 sollen zusätzlich 1.100.690 € bereitgestellt werden. Da der Antrag von November 2006 nicht mehr im Jahr 2006 entschieden wurde, ist die Bezugsbasis der Betrag vor der Antragstellung.

Vom Mittelvolumen des Schwerpunktes 3 sind bis 31.12.2006 66.513.037 € (100,64 %) gebunden und 46.071.328 € (69,71 %) ausgezahlt worden. Auf das Jahr 2006 entfallen an Mittelbindungen 4.593.978 € und an Auszahlungen 10.575.226 €.

Maßnahme 3.1: Förderung angewandter Umwelttechnologien (162)

Die Umsetzung von Projekten aus dem Landesprogramm PFAU (Programm zur Förderung angewandter Umwelttechnologien) ist seit Beginn der bremischen Ziel-2-Förderung im Jahr 1989 Bestandteil der Bremer Ziel-2-Programme. Nach Einstellung der Leistungsgebunden Reserve erhöht sich das Mittelvolumen dieser Maßnahme um 4 Mio. € auf 12.487.890 €. Durch die im August 2005 beschlossene Aufstockung erhöht sich das Volumen der Maßnahme auf 12.681.760 €. Mit der weiteren Aufstockung in Höhe von 1.840.520 € im Juni 2006 erhöht sich das Mittelvolumen auf 14.522.280 €.

Hiervon wurden bis zum 31.12.2006⁵ 13.978.647 € (96,26 %) gebunden und 10.498.187 € (72,29 %) ausgezahlt. Im Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006 lag die Mittelbindung bei 357.546 € und die Auszahlung bei 1.221.427 €.

Ziel der Förderung ist es, Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Anbieter von Dienstleistungen bei pilothaften Entwicklungen zu unterstützen, bei denen die Belange der Umwelt deutlich berücksichtigt werden. Dadurch soll das oftmals überdurchschnittliche technische und wirtschaftliche Risiko von derartigen Entwicklungsvorhaben vermindert und die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen gestärkt werden. Gleichzeitig wird angestrebt, hierdurch qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Durch die Absenkung der finanziellen Risikoschwelle sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen Anreize erhalten, innovative Entwicklungen im Bereich des Umweltschutzes, des produktionsintegrierten Umweltschutzes und der angewandten Umwelttechnologien durchzuführen. Der Zugewinn an Know-How soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig verbessern bzw. den Unternehmen neue Märkte eröffnen, die eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Geschäftsfeldes darstellen. Gefördert werden Entwicklung, Konstruktion, Erstellung und Erprobung innovativer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Insbesondere soll dabei der sparsame Einsatz von Material und Energie, die Vermeidung von Emissionen und die Wiederverwertung eingesetzter Materialien beachtet werden. Gesetzliche Bestimmungen sollen deutlich übertroffen werden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Bis einschließlich des Jahres 2006 erhielten insgesamt 152 Projekte (39 in Bremen, 113 in Bremerhaven) Mittel aus dem aktuellen Ziel-2-Programm. Hinzu kommen

⁵ Durch die Aufstockung eines Projektes der Maßnahme 3.2 sollten 522.000 € in diese Maßnahme verschoben werden. Dieses wurde bei der Mittelbindung bereits berücksichtigt. Die Verschiebung von Maßnahme 3.1 zu Maßnahme 3.2 soll nach Entscheidung des November-Änderungsantrags vorgenommen werden.

noch 2 Projekte aus dem Ökologiefonds (diese sind bei nachfolgenden Berechnungen nicht berücksichtigt, da sie keinen betrieblichen Charakter haben, sondern Studien sind). Die Anzahl der Projekte liegt deutlich über der Spanne der für den gesamten Programmzeitraum ex ante angenommenen Fallzahl (60 – 80 Projekte), was u.a. auf die finanzielle Aufstockung zurückzuführen ist.

	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
Projekte insgesamt	39	113	152
Art der Förderung			
Informations- und Beratungsangebot	0	1	1
Markterschließungshilfe	13	14	27
Verbundprojekt	10	57	58
Demonstrations- und Pilotprojekt	15	38	53
Sonstiges	1	0	1
Bereich der Förderung			
Umweltfreundliche Verfahren und Produkte	19	20	39
Rationelle Energienutzung und regenerative Energie	12	42	67
Kreislaufführung und Emissionsminderung	6	10	16
Techniken der Umweltbeobachtung	5	13	18
Verkehr, Mobilität, Logistik	2	3	5
Umweltmanagementsysteme	1	1	2
Sonstige	2	7	9
Geschaffene Arbeitsplätze	48,5	74	122,5
davon Frauen	1,5	19,5	21
Gesicherte Arbeitsplätze*	100	2.852	2.953
davon Frauen	9	625,5	634,5
Betriebserweiterungen / Unternehmensgründungen	5	22	27
Vorhaben mit Kooperationspartnern	20	50	70
Anzahl angemeldeter Patente	0	1	1
Investitionen Gesamt	4.608.222 €	22.530.988 €	27.139.210 €
Förderimpuls			14.265.891 €
Induzierte private Investitionen			12.873.319 €

* Als gesicherte Arbeitsplätze werden alle Arbeitsplätze gezählt, die in den Unternehmen bereits vorhanden sind (ohne neue Arbeitsplätze), analog zu Maßnahme 1.1.

Das ausgelöste gesamte Investitionsvolumen beträgt insgesamt rund 27 Mio. €. Diese Summe liegt deutlich über den ex ante quantifizierten 17 Mio. €. An den meisten der 70 Kooperationsprojekte sind Hochschulen oder FuE-Institute beteiligt (62). Im direktem Zusammenhang mit den bezuschussten Investitionen stehen die insgesamt 122,5 neu geschaffenen (bei laufenden Projekten noch die geplanten) Arbeitsplätze (48,5 in Bremen, 74 in Bremerhaven). Dieser Wert liegt deutlich über der Ex-ante-Quantifizierung (40 Arbeitsplätze).

Zu positiven Auswirkungen auf die Umwelt und zu weiteren Arbeitsplatzeffekten im Sinne von Wirkungen wird es zudem kommen, wenn die entwickelten Verfahren oder Produkte nach der erfolgreichen Markteintrittsphase eine breitere Anwendung erfahren haben.

Maßnahme 3.2: Infrastrukturprojekte im Umweltbereich (163)

Mit dem November-Änderungsantrag wurde eine weitere Aufstockung dieser Maßnahme um 522.000 € auf insgesamt 6.517.778 € beantragt. Bis zum 31.12.2006 wurden Mittel in Höhe von 5.995.778 € (99,28 %) gebunden. Die gesamte Auszahlung belief sich auf 3.353.425 € (55,53 %). Auf das Jahr 2006 entfallen 0 € an Mittelbindungen und 680.060 € an Auszahlungen.

Im Berichtszeitraum wurden weitere Mittel für das Kompetenzzentrum Rotorblatt bewilligt. In diesem Kompetenzzentrum sollen Rotorblätter und Einzelkomponenten getestet, geprüft und weiterentwickelt werden. Die Tätigkeiten sollen die Anwendung von Computersimulationen und experimentellen Verfahren auf Materialien, Fügeverfahren, Bauweisen und technischen Zuverlässigkeitsnachweise beinhalten. Es soll ein signifikanter Beitrag zur Etablierung Bremerhavens als Technologie- und Fertigungszentrum für Windkraftwerke geleistet und der Windkraftindustrie eine Forschungs- und Technologieplattform angeboten werden, mit der sie im internationalen Wettbewerb Kosten- und Zeitvorteile durch Bündelung von Forschung und Entwicklung und durch gemeinsame Nutzung von numerischen und experimentellen Ressourcen im gesamten Entwicklungsprozess von der Forschung bis zur Produktfreigabe erzielen kann.

Das Rotorblattkompetenzzentrum ist Bestandteil des neu gegründeten Fraunhofer Centers für Windenergie und Meerestechnik (CWMT), das ebenfalls ein Kompetenzzentrum für Maritime Strukturen und Anlagen beinhaltet. Die Bildung der beiden Kompetenzzentren „Rotorblatt“ und „Maritime Strukturen und Anlagen“ im Center für Windenergie und Meerestechnik fördert eine bessere Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft. Die Kompetenzen des CWMT in der numerischen Simulation und der experimentellen Prüfung können schnell und transparent für verschiedene Anwendungen der Windenergie eingesetzt werden. Darüber hinaus werden die Vermittelbarkeit der Aktivitäten der Fraunhofergesellschaft in die Öffentlichkeit und die Forschungs- und Unternehmenslandschaft Bremens, der Region und der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Wahrnehmbarkeit verstärkt. Die Zusammenführung ist ein erster Schritt in Richtung der Perspektive, dass sich das CWMT bei entsprechen-

der strategischer und inhaltlicher Ausweitung zu einem Fraunhofer-Institut in Bremerhaven entwickelt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Ex ante sind drei bis fünf Projekte quantifiziert worden. Mit den bisher geförderten fünf Projekten ist die Zielzahl erreicht. Als wichtiger Indikator zum Technologietransfer waren bis Ende 2006 insgesamt rund 289 initiierte Kooperationen zu verzeichnen. An über 50 % dieser Kooperationen sind entweder KMU oder Hochschulen bzw. Institute beteiligt. Bis zum Jahr 2006 haben die Projekte dazu beigetragen, insgesamt rund 69 Forschungsvorhaben und Studien anzuregen. Die Anzahl der Beratungs- und Transferleistungen konnte auf 307 Fälle gesteigert werden und belegt damit die Marktakzeptanz dieses Technologietransfers hin, weshalb auch weiterhin von nachgelagerten Effekten auszugehen ist. Als Beispiel sei das Kompetenzzentrum Rotorblatt genannt, welches im Berichtszeitraum einen Großprüfstand von Windenergie-Rotorblättern geplant und vorbereitet hat aber auch in dieser Zeit bereits Beratungen und Transferleistungen bei mehreren Industriekunden durchführen konnte. Im Rahmen der Transferleistungen kam es bislang nur zu einer Existenzgründung (ex ante wurden zwei bis drei Existenzgründungen quantifiziert).

Bislang ergaben sich in der Maßnahme 19 direkt neu geschaffene Arbeitsplätze, welche größtenteils direkt bei den Projektträgern angesiedelt sind. Die entscheidenden nachgelagerten und arbeitsplatzwirksamen Effekte, die sich aus der Kompetenzvermittlung in den Unternehmen ergeben, werden im Land Bremen aber auch bei Unternehmen mit Zweigstellen in anderen Bundesländern entstehen.

Maßnahme 3.3: Wiederherrichtung von brachliegenden Flächen (351)

Mit der Änderung im Juni 2006 verringerte sich das Mittelvolumen um 1.840.520 € auf 45.526.566 €. Durch den Änderungsantrag von November 2006 soll diese Maßnahme wieder um 1.100.690 € aufgestockt werden. Da der Antrag von November 2006 nicht mehr im Jahr 2006 entschieden wurde, ist die Bezugsbasis der Betrag vor der Antragstellung.

Vom bereitstehenden Mittelvolumen waren bis zum 31.12.2006 46.536.582 € (102,22 %) gebunden, ausgezahlt wurden insgesamt 32.219.716 € (70,77 %). Auf den Berichtszeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006 entfallen 4.236.432 € an Mittelbindung und 8.626.685 € an Auszahlung.

Im Jahr 2006 wurden zwei weitere Projekte im Gewerbegebiet Airport Stadt bewilligt sowie zwei Flächenwiederherrichtungen in Bremerhaven.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Im Jahr 2006 kamen 4 neue Projekte mit einem Flächenumfang von etwa 5 ha hinzu. Somit befinden sich in dieser Maßnahme insgesamt 17 Projekte, die mit einer zu revitalisierenden Fläche von 65 ha verbunden sind. Diese Ziel-2-geförderten Flächenwiederherstellungen sind Teile von größeren Vorhaben mit einem gesamten Flächenvolumen von 110 ha brutto (81 ha netto). Nimmt man das Flächenvolumen von 65 ha als Bezugsgröße für die Ex-ante-Quantifizierung (30 bis 40 ha), ist die ex ante quantifizierte Sollgröße übererfüllt.

Bisher sind dreizehn Unternehmensansiedlungen zu verzeichnen, wodurch 69 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Durch im Bestand gesicherte Unternehmen ergeben sich zusätzliche Arbeitplatzeffekte.

Im Berichtsjahr wurde u.a. eine Fläche von 1,2 ha für die Ansiedlung des Instituts für Fischereiökologie hergerichtet. Das für die Zwecke des Instituts geeignete Grundstück mit Anlegemöglichkeiten für Fischereiforschungsfahrzeuge gab letztlich den Ausschlag für die Standortentscheidung zur Ansiedlung des Bundesinstituts in Bremerhaven. Damit wird Bremerhaven als Forschungsstandort wesentlich gestärkt.

Schwerpunkt 4: Städtische Problemgebiete

Von insgesamt 16.975.656 € sind bis zum 31.12.2006 15.382.142 € (90,61 %) gebunden und 8.272.325 € (48,73 %) ausgezahlt worden. Die Mittelbindung im Berichtszeitraum liegt bei 3.407.000 €, ausgezahlt wurden 1.346.616 €.

Nach dem n+2-Verlust im Jahr 2006 müssen in diesem Schwerpunkt die zur Verfügung stehenden Mittel gekürzt werden. Die Mittelbindung einzelner Projekte wurde bereits reduziert, um die erforderliche Kürzung umsetzen zu können.

Maßnahme 4.1: Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten (352)

Für diese Maßnahme stehen insgesamt 7.148.380 € zur Verfügung. Im Jahr 2006 wurden 274.000 € gebunden. Auszahlungen erfolgten in Höhe von 876.163 €. Insgesamt sind 5.674.867 € (79,39 %) gebunden⁶ und 1.998.225 € (27,95 %) ausgezahlt.

⁶ Bei der aktuellen Mittelbindung wurde bereits berücksichtigt, dass das Volumen der Maßnahme durch den n+2-Verlust zu kürzen ist.

Die neu bewilligten Mittel dienen der Fortsetzung des Stadtteilmanagements für den Ortsteil Bremen-Hemelingen, das für die Jahre 2007 und 2008 verlängert wurde.

Die Aktivitäten des Stadtteilmanagements sind unter anderen: Betreuung des Internetauftritts, Organisation von Austauschtreffen mit Bremer Stadtteilmanagern, Einzelhändler-Tisch, Leerstandsmanagement von Ladenlokalen, Osteraktion, T-Shirt-Aktion „Hemelingen tragbar“, Hemelingen-Kalender, eine Händleraktion anlässlich des städtischen Sauberkeitstags, Teilfinanzierung des Rahmenprogramms beim Sommerfest im Bürgerhaus sowie Mitorganisation und Teilfinanzierung des Lichterfestes Hemelingen und der Nikolausaktion. Im September 2006 fand die zweite Hemelinger Gewerbeschau statt. Des Weiteren hat das Stadtteilmarketing die Weihnachtsaktionsdienstage und das Weihnachtsgewinnspiel „Sterne“ sowie eine Existenzgründungsveranstaltung organisiert. Darüberhinaus hat das Stadtteilmarketing die Interessensgemeinschaft Hemelingen bei der Vereinsgründung unterstützt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Es befinden sich weiterhin sechs Projekte in der Umsetzung, wobei eines (Projektträgervertrag) der Vorbereitung der einzelnen baulichen Vorhaben dient. Damit wird die Ex-ante-Quantifizierung erreicht.

Bislang wurden insgesamt rund 107 Veranstaltungen mit mehreren Tausend Teilnehmern organisiert. Im Jahr 2006 waren es 36 Veranstaltungen. Die Ortsteilzeitung „neue zeiten“ erschien auch im Jahr 2006 mit drei Ausgaben und wurde jeweils an alle Haushalte des Ortsteils verteilt. Zudem erreicht der Internetauftritt des Stadtteilmarketing eine Vielzahl von Personen (Zugriffe bis Ende 2006 mehr als 5.000).

Die Baumaßnahme (Erschließung) im Projekt „Neue Ortsmitte Schlegelstraße“ wurde zum Ende 2006 begonnen. Diverse Veranstaltungen mit Politik, Handelskammer, Einzelhändlern und Anliegern sind vorausgegangen; ein Investor für die Folgeinvestitionen konnte gefunden werden.

Maßnahme 4.2: Quartiersentwicklung (36)

Auch in dieser Maßnahme wurde zunächst zugunsten von Maßnahme 4.3 der zur Verfügung stehende Betrag leicht gekürzt. Nach einer Reduzierung um 125.000 € standen insgesamt 2.489.050 € für diese Maßnahme zur Verfügung. Durch die im August 2005 vom Begleitausschuss beschlossene Mittelverschiebung erhöhte sich das Mittelvolumen dieser Maßnahme auf 5.268.346 €. Die Verschiebung der Mittel war erforderlich um das Projekt KuBiKo (**K**ultur-, **B**ildungs- und **K**ommunikationszentrum, s.u.) in dieser Maßnahme umsetzen zu können. Der zur Verfügung stehen-

de Mittelrahmen dieser Maßnahme wird wegen des n+2-Verlustes gekürzt werden müssen. Diese Kürzung ist bereits bei der aktuellen Mittelbindung berücksichtigt.

Im Jahr 2006 wurden 3.133.000 € gebunden und 270.716 € ausgezahlt. Insgesamt weist diese Maßnahme eine Mittelbindung von 97,72 % in Höhe von 5.148.345 € auf. Die Auszahlung liegt bei 1.865.030 € (35,40 %).

Neu bewilligt wurden die Projekte KuBiKo und der Umbau bzw. die Sanierung einer öffentlichen Sporteinrichtung. Das Projekt KuBiKo, wurde im August 2005 von der Deputation für Bau und Verkehr beschlossen. Das Projekt KuBiKo steht inhaltlich in engem Zusammenhang zu den Projekten Hemelinger Bahnhofstraße und Osenbrückstraße, die die städtebaulichen und verkehrlichen Rahmenbedingungen für die angestrebte wirtschaftliche Belebung und Zentrenbildung um den Hemelinger Markt schaffen. Das KuBiKo soll verschiedene soziale, gemeinnützige und/oder öffentliche Nutzungen an einem zentralen Ort bündeln. Mit der Umsetzung des Projektes konnte nicht direkt nach Beschlussfassung im Jahr 2005 begonnen werden, da der ursprünglich vorgesehene Hauptmieter nicht mehr zur Verfügung stand.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Von den vier Projekten der Maßnahme konnte bisher eines abgeschlossen werden. Damit werden die Ex-ante-Quantifizierungen eingehalten. Das Ziel des neuen Projekts „Umbau und Sanierung des alten Sporthauses“ fördert im hohen Maße die integrierte Stadtentwicklung in Bezug auf neue soziale und sportliche Angebote und trägt somit zur Stärkung des Gemeinwesens als Sport- und Begegnungsstätte bei. Das Projekt eines Kultur-, Bildungs- und Kommunikationszentrums (KuBiKo) wurde im Berichtsjahr weiter konkretisiert. Insbesondere wurde eine ausführungsfähige Planung erarbeitet und die Mietverträge mit den Nutzern verhandelt.

Maßnahme 4.3: Belebung zentraler Plätze (352)

Diese Maßnahme wird in Bremerhaven durchgeführt und weist nach der Aufstockung in Höhe von 315.000 € insgesamt ein Mittelvolumen von 4.558.930 € auf. Im Jahr 2006 wurden keine Mittel gebunden und 199.737 € ausgezahlt. Die Mittelbindung in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Gesamtmittel beträgt 100 %, die Auszahlung insgesamt liegt mit 4.409.071 € bei 96,71 %.

Es handelt sich hierbei um die Umgestaltung des Marktplatzes und der Einrichtung einer Gastronomie im alten Wasserturm im Ortsteil Geestendorf sowie Begleitmaßnahmen. Eine ausführliche Beschreibung steht im Durchführungsbericht für das Jahr 2002.

Das Projekt "Zivilcourage - Mut gegen Gewalt" lief nach insgesamt 6 Jahren Laufzeit zum Jahresende 2006 aus. In den beiden letzten Jahren der Programmlaufzeit (2005/2006) wurden schwerpunktmäßig öffentliche Aktionen im Stadtteil Geestemünde, insbesondere auf Straßen und Plätzen, durchgeführt. Zur Beurteilung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen wurde dem Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS) an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen (HfÖV) die Evaluation der dritten Phase in Auftrag gegeben. Der Evaluationsbericht steht auf der Website www.efre-bremen.de zur Verfügung.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die baulichen Einzelmaßnahmen sind komplett abgeschlossen. Der Zielwert von 15.200 qm umgestalteter Fläche wurde erreicht. In 2006 ist die Baulückenschließung am östlichen Platzrand fertiggestellt worden. Die Ladeneinheit mit mehreren Verkaufs- bzw. Gastronomiearbeitsplätzen ist in Betrieb genommen worden.

Die im Sommer 2006 auf dem Wochenmarkt Geestemünde erhobenen Arbeitsplatzzahlen bestätigen das Ergebnis von 2004 (141 gesicherte Vollarbeitsplätze). Der Frauenanteil ist geringfügig zurückgegangen (von 71,5 auf 69,5 Vollarbeitsplätze). Damit hat sich der Wochenmarkt nach dem Umbau nachhaltig stabilisiert.

Als zusätzliche Wirkung ist die Reaktivierung einer seit 2001 leerstehende Gewerbeimmobilie an der Neumarktstraße zu verzeichnen.

Technische Hilfe

Mit Änderungsantrag von November 2006 sollte die Technische Hilfe um 684.690 € gekürzt werden. Da der Antrag von November 2006 nicht mehr im Jahr 2006 entschieden wurde, ist die Bezugsbasis der Betrag vor der Antragstellung.

Von der Technischen Hilfe (insgesamt 4.774.404 €) sind bis Ende 2006 2.846.273 € (59,55 %) gebunden und 1.656.026 € (34,69 %) ausgezahlt worden. Auf den Berichtszeitraum vom 01.01.2006 bis zum 31.12.2006 entfallen 932.878 € an Mittelbindung und 507.088 € an Auszahlung.

Technische Unterstützung und Evaluierung (411 zu 50 %, 412 zu 35 %, 415 zu 15 %)

In dieser Maßnahme sind im Jahr 2006 neben der Finanzierung von Aktivitäten zum Erfahrungsaustausch und Personal zur Abwicklung des Programms verschiedene Publizitätsmaßnahmen durchgeführt worden (siehe dazu D.4 und D.7). Es wurden 100.000 € für die Durchführung der Ex-ante-Evaluierung des neuen EFRE-Programms 2007 – 2013 und weitere vorbereitende Maßnahmen zur Programmerstellung bewilligt.

Studien und Pilotprojekte (413 und 414 zu je 50 %)

Im Berichtsjahr wurden sechs Projekte bewilligt mit einem Gesamtvolumen von 832.878 €. Folgende Projekte wurden in das Ziel-2-Programm aufgenommen:

- Förderung des Bremer Design Zyklus: Mit dem Bremer Design Zyklus sollen Wirtschafts- und Innovationspotentiale zukunftsfähiger Themen aufgegriffen und im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur weiterentwickelt werden. Die frühzeitige Integration kreativer Dienstleister ist dabei wesentlicher Kern. Bislang ungenutzte Entwicklungspotentiale sollen identifiziert und die Überführung von Forschungsergebnissen in marktreife Produkte unterstützt werden. Zum Auftakt fand unter Beteiligung renommierter Referenten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur eine Fachkonferenz statt. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für das vier- bis achtmonatige Innovationsprojekt, das den Kern des Bremer

Design Zyklus ausmacht. Eine interdisziplinäre Stipendiatengruppe, bestehend aus Vertretern kreativer Disziplinen sowie Fachleuten des jeweiligen Schwerpunktthemas, wird Anwendungsszenarien und neue Produktoptionen für das gewählte Technologiefeld entwickeln. Eine Ergebnispräsentation mit überregionaler Wirkung in Form einer Ausstellung soll den Bremer Design Zyklus abschließen.

- Erstellung einer DVD: Zum Abschluss der Stadtteilsanierung (2005/2006) sowie des Sofortprogramms Nebenzentren (2004/2005), aber auch des EU-Programms URBAN I (2001) soll eine DVD produziert werden, die die Möglichkeiten und Grenzen von Stadtentwicklung an ausgewählten Fallstudien Gröpelingens darstellt. So geht es im Einzelnen um die Chancen und Risiken für nachhaltige Entwicklungen und um eine kritische Betrachtung der Rahmenbedingungen und der Erfolge. Die DVD soll Akteuren der Stadtentwicklung sowie Politik, Verwaltung und lokalen Trägern für die eigene Arbeit dienen.
- Kreative Industrien in Bremen: Mit dem pilothaften Projekt wird das Ziel verfolgt, die Potentiale der "Kreativen Industrien" im Land Bremen anhand von Best-Practice-Beispielen zu entwickeln und eine marktorientierte Verzahnung der "Kreativen Industrien" am Standort Bremen zu erzielen. Durch die gezielte Aktivierung der Ressource "Kreative Industrien" soll Bremen zu einem Modellstandort für diesen Wirtschaftszweig entwickelt werden.
- MuMat: Hier handelt es sich um ein Projekt zum Aufbau eines Bremer Fraunhofer-Innovationsclusters "Multifunktionale Materialien und Technologien "(MuMaT).
- Erstellung einer Studie „Engpaßfaktor Humankapital“: Das Institut für Geographie an der Universität Bremen wurde beauftragt, eine Studie zum Thema Humankapital zu erstellen, um Standortfaktoren von Hochqualifizierten zu erkennen und daraus eine Strategie der Bremer Wirtschaftsförderung zur Attraktion von Hochqualifizierten als Standortvoraussetzung der High-Tech-Industrie abzuleiten.
- Erstellung einer Studie „Gender Mainstreaming“: Untersuchungsgegenstand soll die Ziel-2-Umsetzung im Land Bremen unter dem Fokus Gender Mainstreaming sein. Hierzu sollen sowohl die bisherige Implementierung von Gender Mainstreaming (Planung bis Evaluation), in Anknüpfung an die Erkenntnisse der Halbzeitbewertung und deren Aktualisierung, sowie die Umsetzungsergebnisse und -wirkungen unter dem Aspekt der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern analysiert werden.

B.2 Operationen unter Artikel 28 III der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999

In Bremen werden die Projekte vollständig über nicht rückzahlbare Beihilfen finanziert. Rückzahlbare Beihilfen, Zinsvergütungen, Bürgschaften, Beteiligungen oder sonstige Finanzierungsformen kommen nicht zum Einsatz.

B.3 Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen

Einige Maßnahmen (z.B. 1.1, 2.2, 3.1, 3.3) sind so ausgerichtet, dass sie zur Realisierung der Querschnittsziele direkt und wesentlich beitragen. Grundsätzlich wird jedes Projekt vorab auf den möglichen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit geprüft, auf den Innovationsgehalt und den Beitrag zum Umweltschutz.

Schließlich spiegeln sich auch in der Zusammensetzung des regionalen Begleitausschusses die Bemühungen, Querschnittsziele angemessen zu berücksichtigen und umzusetzen: Beteiligt sind u.a. Umweltschutzverbände, Organisationen zur Gleichstellung von Frauen und Arbeitnehmer- / Arbeitgeberverbände. Vom regionalen Begleitausschuss gehen in allen Phasen der Programmumsetzung wichtige Impulse zur Berücksichtigung der Querschnittsthemen aus.

Chancengleichheit

Die generelle Ausrichtung und die Maßnahmen des Bremer Ziel-2-Programms fokussieren überwiegend die strukturpolitisch wichtigen Infrastrukturen. Dies impliziert grundsätzlich wenige bzw. oft nur mittelbare Ansatzpunkte zur Verbesserung der Chancengleichheit.

Wo sich allerdings im Kontext der strukturpolitischen Ziele sinnvolle Ansätze zur Chancengleichheit verwirklichen lassen, greift das Bremer Ziel-2-Programm das Querschnittsziel auf und liefert einen Beitrag zur Förderung der regionalen Chancengleichheit.

So können Betriebe im Rahmen der Investitionshilfen für KMU (Maßnahme 1.1) zusätzliche Mittel erhalten, wenn sie nachweislich Arbeitsplätze für Frauen schaffen (dies wurde bisher in 17 Projekten von insgesamt 156 Finanzierungshilfen in 1.1 wahrgenommen).

Durch die Beratung von Frauen bei Existenzgründung und Karriereplanung stärkt die Maßnahme 2.4 (Neue Dienstleistungen / Kohärenzprojekte) gezielt die Chancen-

gleichheit. Hier wurden in 2006 umfangreiche Beratungsangebote speziell für Frauen in zwei Einrichtungen gefördert.

Nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über den Zeitraum 2000 bis 2006 zu den bislang für Frauen direkt geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätzen.

Schwerpunkte / Maßnahmen		Geschaffene Arbeitsplätze	davon Frauen	Gesicherte Arbeitsplätze	davon Frauen
SP 1	Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur				
MN 1.1	Finanzierungshilfe für KMU (GA, LIP)	655	142	2.449	486
MN 1.2	Innovative Existenzgründungen	81	28		
SP 2	Stärkung des Dienstleistungssektors				
MN 2.1	Förderung der Informationsgesellschaft, FuE-Projekte	100	18	223	49
MN 2.2	Technologieorientierte Einrichtungen/Technologietransfer	397	104	1.276	410
MN 2.3	Förderung des Fremdenverkehrs	1	0	63	3
MN 2.4	Neue Dienstleistungen/ Kohärenzprojekte	3	0	21	1
SP 3	Umweltschutz, Flächenwiederherrichtung				
MN 3.1	Förderung angewandter Umwelttechnologien (PFAU)	122	21	2.953	634
MN 3.2	Infrastrukturprojekte im Umweltbereich	19	3	12	k.A.
MN 3.3	Wiederherrichtung von brachliegenden Flächen	69	k.A.	473	k.A.
SP 4	Städtische Problemgebiete				
MN 4.1	Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten				
MN 4.2	Quartiersentwicklung				
MN 4.3	Belebung zentraler Plätze	8	k.A.	141	72

Die Projekte unter 2.2, welche auch unter die FuE-Richtlinie fallen, wurden unter 2.1 miteinbezogen.

Bezüglich der angeführten Arbeitsplatzeffekte ist zu beachten, dass diese Zahlen zunächst *vorläufig* sind. Änderungen können sich beispielsweise bei Maßnahme 1.1 ergeben, wenn es zu Insolvenzen oder Widerrufungen kommen sollte. Ferner ist anzumerken, dass hier nur *direkte* Arbeitsplatzeffekte erfasst werden konnten. Nachgelagerte Arbeitsplatzeffekte (also beispielsweise als Ergebnis der Stärkung von Unternehmen durch Technologietransfer oder Arbeitsplätze im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im Zuge des Erfolges von Tourismusprojekten) sind nicht erfasst. Insofern liegen die mit der Förderung verbundenen Arbeitsplatzeffekte deutlich höher. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die erfassten Arbeitsplätze von *unterschiedlicher Dauer* sein können. Nur bei Maßnahme 1.1 kann von dauerhaften Arbeitsverhältnissen ausgegangen werden, da dies eine Grundvoraussetzung für eine Förderung darstellt.

Umweltschutz

Umweltschutz ist nicht nur als Querschnittsziel im Bremer Ziel-2-Programm verankert sondern auch als strukturpolitisches Ziel. Im Schwerpunkt 3 (Umweltschutz und Flächenwiederherstellung) trägt die Maßnahme 3.1 durch die Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU) gezielt zu positiven Umweltwirkungen bei. Ziel ist neben direkten positiven Umwelteffekten der Aufbau, Erhalt und Transfer des regionalen Know-hows.

In diesem Sinne sind auch die umweltorientierten Transfer- und Beratungseinrichtungen aufgestellt, die eine Förderung unter der Maßnahme „Infrastruktureinrichtungen im Umweltbereich“ (Maßnahme 3.2) erhalten.

Diverse Projekte zur Wiederherstellung von Brachflächen (Maßnahme 3.3) tragen zur Verringerung des Flächenverbrauchs bei.

Wirkungen dieser Maßnahmen und Projekte sind - soweit bereits darstellbar - in den entsprechenden Kapiteln dargestellt.

KMU-Ausrichtung

Das Bremer Ziel-2-Programm weist in Ansatz und Konzeption eine starke KMU-Orientierung auf. Die ersten beiden Schwerpunkte „Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur“ und „Stärkung des Dienstleistungssektors“ untermauern direkt die KMU-Ausrichtung.

Die Ausrichtung der Intervention auf KMU ist ebenfalls durch die Umsetzung der Maßnahme 3.1 (PFAU) sichergestellt.

Aber auch andere Maßnahmen und Projekte kommen oft indirekt überwiegend KMU zugute: Bei den Infrastrukturprojekten im Umweltbereich (Maßnahme 3.2) sind KMU die Zielgruppe der Transfer- und Beratungstätigkeiten. Auf wiederhergestellten Flächen (Maßnahme 3.3) werden geeignete Standorte für KMU geschaffen.

Angaben zum bisher Erreichten und zu den Wirkungen finden sich in den entsprechenden Kapiteln.

Technologieausrichtung

Die technologie- und innovationsorientierten Maßnahmen und Projekte sind weitgehend angelaufen. Wesentliche Technologie-Infrastrukturprojekte sind in der Förderung, ebenso wie Projekte, die dem Technologietransfer dienen (in den Maßnahmen 2.2 und 3.2).

Zusätzlich generieren innovative Vorhaben der Maßnahmen 3.1 und 3.2 einen wesentlichen Beitrag zur Technologieausrichtung. Die geförderten Projekte der Maßnahme 3.1 („PFAU“) beinhalten Neuerungen auf dem Gebiet der Umwelttechnik. Die Maßnahme 3.2 (Infrastrukturprojekte im Umweltbereich) umfasst Vorhaben, die sowohl dem Transfer als auch der Entwicklung von (technologischem) Know-how dienen. Die derzeit in der Umsetzung befindlichen acht Verbundprojekte („Arbeit und Technik“) innerhalb der Maßnahme 2.2 sind ebenfalls ausgeprägt technologieorientiert.

C. Stand der Finanziellen Abwicklung

Bei der finanziellen Abwicklung des Bremer Ziel-2-Programms ist insbesondere die Einhaltung der n+2-Regel⁷ zu beachten. Um diese einzuhalten und einen Mittelverfall zu vermeiden, müssen die in der folgenden Tabelle dargestellten Beträge jeweils bis Jahresende bei der Kommission abgefordert werden.

Aufgrund der späten Genehmigung des Ziel-2-Programms durch die Kommission wurde vereinbart, die Jahrestranche für das Jahr 2000 mit auf das Jahr 2001 zu übertragen. Der bereits von der Kommission erhaltene Vorschuss wird von der ersten Jahrestranche abgezogen, muss aber bis Ende 2008 verausgabt sein. Erstmals griff die n+2-Regel im Jahr 2003.

Übersicht zur n+2-Regel

Jahrestranche	Betrag in €	Fälligkeit zum Jahresende
2000 + 2001 abzügl. Vorschuss (7% von Gesamt)	15.882.000 + 16.210.000 – 7.912.380 = 24.179.620	2003
2002	16.466.000	2004
2003	16.831.000	2005
2004	17.159.000	2006
2005	17.525.000	2007
2006	17.889.000 + 7.912.380 = 25.801.380	2008

Laut n+2-Regel mussten bis Ende 2006 74.635.620 € abgefordert werden, tatsächlich wurden 72.811.581,52 € per Zahlungsantrag bei der Europäischen Kommission abgefordert. Die n+2-Regel konnte damit erstmals nicht erfüllt werden. Es ist ein Verlust von 1.824.038,49 € an EFRE-Mitteln (also 3.648.076,98 € für das Ziel-2-Programm 2000 – 2006) entstanden.

⁷ Die "n+2-Regel" basiert auf Artikel 31 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 und besagt, dass die Mittel, für die bis zum Ablauf des zweiten Jahres nach dem Jahr der Mittelbindung kein zulässiger Auszahlungsantrag bei der Kommission eingegangen ist, freigegeben werden und die Beteiligung des Fonds an der Intervention (d.h. hier dem Ziel-2-Programm) automatisch gekürzt wird.

C.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung

Über den Stand der finanziellen Abwicklung des Ziel-2-Programms informieren die Tabellen im Anhang. Vom gesamten Mittelvolumen in Höhe von 235.924.000 € sind bis zum 31.12.2006 **228.120.788 € (96,69 %)** gebunden und **147.956.081 € (62,71 %)** ausgezahlt worden.

Mittelbindung und Auszahlung im Ziel-2-Programm über die Jahre

Jahr	Mittelbindung in € (EFRE + nat. Kofinz.)	Anteil an gesamt in %	Auszahlung in € (EFRE + nat. Kofinz.)	Anteil an gesamt in %
2000	42.869.324	18,96	1.377.770	0,61
2001	30.385.131	13,44	10.843.924	4,80
2002	20.747.753	9,18	38.345.805	16,96
2003	24.919.101	11,02	22.603.356	10,00
2004	36.949.662	15,66	18.470.648	7,83
2005	26.171.517	11,09	28.958.915	12,27
2006	46.076.270	19,53	27.980.921	11,86
gesamt	228.118.757	96,69	148.581.340	62,98

(Stand Tabelle: 15.05.07)

C.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen

Nachfolgend eine tabellarische Übersicht über die von der Kommission erhaltenen Mittel:

Anlass	abgefordert	erhalten	Eingang
Vorschuss in Höhe von 7%	7.912.380,00	7.912.380,00	Juni 2001
1. Zahlungsantrag vom 09.07.2002	7.484.615,86	7.484.615,80	September 2002
2. Zahlungsantrag vom 24.10.2002	5.058.881,66	5.058.881,75	Januar 2003
3. Zahlungsantrag vom 18.06.2003	13.143.499,15	13.143.499,09	August 2003
4. Zahlungsantrag vom 25.03.2004	8.483.454,98	8.483.454,98	Juli 2004
5. Zahlungsantrag vom 15.10.2004	5.552.268,21	5.552.268,21	Februar 2005
6. Zahlungsantrag vom 15.12.2004	1.677.924,24	1.677.924,24	April 2005
7. Zahlungsantrag vom 12.07.2005	4.933.770,82	4.933.770,82	August 2005
8. Zahlungsantrag vom 18.10.2005	3.025.640,17	3.025.640,17	Dezember 2005
9. Zahlungsantrag vom 15.12.2005	8.346.689,26	8.346.689,26	Februar 2006
10. Zahlungsantrag vom 22.05.2006	3.209.255,27	3.209.255,27	Juni 2006
11. Zahlungsantrag vom 19.10.2006	4.565.504,31	4.565.504,31	Dezember 2006
12. Zahlungsantrag vom 20.12.2006	7.330.077,61	7.330.077,61	Februar 2007
Summe	80.723.961,54	80.723.961,51	

C.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss

Für das Jahr 2006 wurde im Jahr 2006 ein Betrag von 32.000.000 € geschätzt (davon 50 % oder 16.000.000 € aus dem EFRE). Tatsächlich wurden im Jahr 2006 bei der Kommission 15.104.837,19 € mit den Zahlungsanträgen abgefordert. Damit wurde der Schätzwert um knapp 900.000 € unterschritten. Von der Kommission wurde die beantragte Summe erstattet.

D. Abwicklung und Begleitung des Programms, Sicherung der Qualität und Effizienz

D.1 Beschreibung des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschl. der Vorkehrungen für die Datenerfassung (kurzer Sachstandsbericht einschl. Angaben zur Partnerschaft sowie zur Tätigkeit des Begleitausschusses)

Begleitung

Die Begleitung des Bremer Ziel-2-Programms erfolgt zum einen über den **Regionalen Begleitausschuss**, der sich am 17. Mai 2001 offiziell konstituiert hat. Der Senator für Wirtschaft und Häfen führt als Verwaltungsbehörde den Vorsitz dieses Gremiums. Weitere stimmberechtigte Mitglieder sind die an der Finanzierung des Programmes beteiligten Stellen: der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr. Beratende Mitglieder sind die Europäische Kommission und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Darüber hinaus sind die Wirtschafts- und Sozialpartner, darunter ein unabhängiger Umweltverband und der Bremer Frauenausschuss, an der Arbeit des Regionalen Begleitausschusses beteiligt. Bereits während der Programmplanungsphase (seit Mai 1999) ist das Gremium noch vor der offiziellen Konstituierung mehrfach in dieser Zusammensetzung zusammengekommen. Im Jahr 2006 kam der Begleitausschuss zu einer Sitzungen zusammen. In der Sitzung vom 22.06.2006 wurde der Jährliche Durchführungsbericht 2005 und die anstehenden Programmanpassungen behandelt sowie über die neue Strukturfonds-Förderung ab 2007 informiert.

Zum anderen wurde ein **Begleitsystem** von materiellen und finanziellen Indikatoren erstellt, um über die Fortschritte und Wirkungen informieren und diese bewerten zu können. Dieses Begleitsystem ist in überarbeiteter Form Bestandteil der Datenbank EFRE Plan.

Folgende Indikatoren werden unterschieden:

- Kontextindikatoren bilden die sozio-ökonomische Entwicklung der Förderregionen ab. Sie sind regionalwirtschaftliche Indikatoren, die Informationen über die strukturelle Entwicklung der Förderregion im Zeitraum der Umsetzung des Programms liefern sollen (z.B. Wirtschaftsdaten, Arbeitsmarktdaten).
- Hauptindikatoren bilden den Programmfortschritt ab. Sie informieren z.B. über den finanziellen Durchführungsstand und die Anzahl der Förderfälle auf Schwerpunktebene.

- Maßnahmeindikatoren bilden den Fortschritt einzelner Maßnahmen ab. Es gibt Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren. Die Outputindikatoren informieren u.a. über die Anzahl der Förderfälle. Die Ergebnisindikatoren geben Aufschluss über die unmittelbaren Wirkungen, die Wirkungsindikatoren beziehen sich auf die Wirkungen einer Maßnahme, die über das unmittelbare Ergebnis hinausgehen.

Bewertung

Ex-ante-Evaluierung

Das bremische Ziel-2-Programm 2000 – 2006 wurde parallel zur Programmerstellung von einem externen, unabhängigen Gutachter einer Ex-ante-Evaluierung unterzogen.

Halbzeitbewertung

Die Halbzeitbewertung des bremischen Ziel-2-Programms wurde am 28. Oktober 2003 fristgerecht über das Bundesministerium für Finanzen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Durchgeführt wurde die Halbzeitbewertung von der Prognos AG und der Zenit GmbH. Das Gutachten wurde von der Europäischen Kommission positiv bewertet. Die Ergebnisse der Halbzeitbewertung waren Grundlage für den gestellten Änderungsantrag und für die Zuweisung der Leistungsgebundenen Reserve. Die zentralen Ergebnisse der Halbzeitbewertung wurden für die Deputation für Wirtschaft und Häfen im Rahmen einer Vorlage aufbereitet.

Aktualisierung der Halbzeitbewertung

Im November 2005 ist die Aktualisierung der Halbzeitbewertung über das Bundesministerium für Finanzen bei der Europäischen Kommission eingereicht worden. Die Aktualisierung wurde durchgeführt von den Gutachtern der Prognos AG, die schon die Halbzeitbewertung des bremischen Ziel-2-Programms übernommen hatten.

Die Bewertungen sind unter www.efre-bremen.de einzusehen.

Finanzkontrolle

Hier sei auf die Mitteilung nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 verwiesen. Das darin beschriebene System wurde im Jahr 2001 eingerichtet und ist funktionsfähig.

Die Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme für das bremische Ziel-2-Programm wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit Schreiben vom 12.06.2001 an die Kommission übermittelt. Der bremische Leitfaden zum Ziel-2-Programm wurde in Ergänzung hierzu am 27.09.2001 an die Kommission geschickt.

Mit Schreiben vom 22.04.2003 teilte die Kommission mit, dass die überprüften Darstellungen der Verwaltungs- und Kontrollsysteme in hinreichendem Umfang die Gewähr bieten, dass die Systeme den von den Verordnungen (EG) 1260/1999 und 438/2001 gestellten Anforderungen entsprechen. Gleichzeitig stellte die Kommission diese Aussage aber unter den Vorbehalt, dass hierzu diverse Maßnahmen getroffen worden sein müssen und erbat entsprechende Auskünfte. Die Verwaltungsbehörde beantwortete die Fragen mit Schreiben vom 08.05.2003 über das BMWA.

Mit Schreiben vom 05.01.2004 teilte die Kommission schließlich für alle deutschen Ziel-1- und Ziel-2-Programme mit, dass die Prüfung der Informationen zu den Verwaltungs- und Kontrollsystemen abgeschlossen sei und es keinen Anlass für weitere Bemerkungen gebe.

Damit ist das Verfahren der Überprüfung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme vorerst abgeschlossen. Die Kommission hat jedoch explizit darauf hingewiesen, dass es sich allein um eine Prüfung der übermittelten Unterlagen handelte und dass keinerlei Stellungnahme zur Wirksamkeit der Systeme in der Praxis abgegeben werden könne. Die Kommission behält sich entsprechend die Durchführung von Vor-Ort-Kontrollen vor.

Die Unabhängige Stelle hat im Jahr 2006 ihre Prüftätigkeit fortgesetzt. Einzelheiten hierzu können dem jährlichen Kontrollbericht der Unabhängigen Stelle entnommen werden.

Auch die Zahlstelle hat – wie bereits in den Vorjahren – im Vorfeld der Zahlungsanträge Prüfungen durchgeführt, um die Korrektheit der getätigten Ausgaben bestätigen zu können.

Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen hat im Jahr 2006 das Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU) geprüft. Dabei wurden 87 von 280 Förderfällen aus dem Zeitraum 2001 bis 2005 betrachtet. Der Schwerpunkt der Prüfung lag auf der Frage nach den Wirkungen des Programms.

Das Rechnungshof hat dabei insbesondere kritisiert, dass das zuständige Ressort die Wirkung des Programms nur unzureichend nachweisen kann. Hier wurde eine regelmäßige Evaluierung und speziell eine vertiefte Erfassung der Arbeitsplatzwirkungen empfohlen. Auch bezüglich des Zuwendungsverfahrens wurden Verbesserungsvorschläge gemacht.

Die Prüfung ging über die im Rahmen der Ziel-2-Förderung unterstützten Fälle hinaus. So wurden u.a. Fälle aus allen Teilprogrammen geprüft, während im Rahmen des Ziel-2-Programms lediglich zwei von fünf Teilprogrammen gefördert wurden. Zudem werden aufgrund der eingeschränkten Fördergebietskulisse auch nicht alle Fälle der relevanten Teilprogramme (Pilot- und Verbundprojekte) aus dem Ziel-2-

Programm gefördert. Wie hoch der Anteil der Ziel-2-geförderten Projekte unter den geprüften Projekten ist, ist nicht bekannt.

Datenerfassung

Die für die Förderperiode 2000 - 2006 programmierte Datenbank EFRE Plan ist bei folgenden Stellen installiert: Verwaltungsbehörde, Unabhängige Stelle, Zahlstelle, Haushalt und bei einem Fachreferat. Sämtliche Nutzer haben die Leserechte für alle Bereiche, dazu gehört auch die Erstellung und der Ausdruck von Berichten. Schreibrechte haben nur die fachlich zuständigen Stellen (s.o.). Jeder Nutzer kann somit auf alle Informationen der gesamten Datenbank zurückgreifen und jeden Bereich einsehen.

D.2 Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention

Im Jahr 2006 gab es erstmals Probleme bei der Erfüllung der n+2-Regel. Verzögerungen bei der Umsetzung insbesondere von größeren Projekten haben den eingetretenen Verlust verursacht.

Darüber hinaus sind keine nennenswerten Probleme im Berichtszeitraum bei der Begleitung und Verwaltung des Bremer Ziel-2-Programms 2000 – 2006 aufgetreten.

D.3 Unregelmäßigkeiten

Im Berichtsjahr 2006 wurden insgesamt drei neue Fälle von Unregelmäßigkeiten gemeldet. Alle Fälle betreffen denselben Zuwendungsempfänger, dieser hat seine Betriebsstätte verlagert und damit wesentliche Auflagen des Zuwendungsbescheides nicht eingehalten. Es handelt sich durchweg um Projekte der Maßnahme 3.1 „Förderung angewandter Umwelttechnologien“.

Zu den bisherigen Meldungen sind drei Meldungen nach Artikel 5 (2) der VO (EG) Nr. 1681/94 ergangen. In diesen Fällen sind die (Rest-)Beträge nicht wieder einziehbar. Es handelt sich durchweg um Insolvenzfälle aus der Maßnahme 1.1 „Förderung von KMU“.

Zwei dieser Insolvenzfälle wurden beendet, dem Zuwendungsgeber wurde jeweils eine geringe Quote zugesprochen, d.h., ein Teilbetrag der ursprünglichen Forderung konnte geltend gemacht werden. Die Beträge sind eingegangen und wurden ord-

nungsgemäß im Ziel-2-Programm berücksichtigt. Im dritten Fall wurde bereits die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse vom Amtsgericht abgewiesen.

D.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe

Im Jahr 2006 sind Mittel aus der Technischen Hilfe vor allem für Publizitätsmaßnahmen in Anspruch genommen worden. Zu den Publizitätsmaßnahmen im Einzelnen siehe D.7. Darüber hinaus wurden auch Personalkosten aus der Technischen Hilfe gezahlt, die aus der Umsetzung des Programms resultieren (Unabhängige Stelle, Prüfaufgaben im Zusammenhang mit der Zahlstelle, Sachbearbeitung für die Abwicklung des Programms, u.a. Führung des Sekretariats für den Ziel-2-Begleitausschuss). Weitere Mittel der Technischen Hilfe wurden für Erfahrungsaustausch und die Erstellung der Ex-Ante-Evaluierung für das EFRE-Programm 2007 - 2013 verwendet.

D.5 Programmanpassungen

Nach Beschlussfassung im Regionalen Begleitausschuss wurde im November 2003 die Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve in Höhe von 4.928.000 € für Schwerpunkt 3 und 4 beantragt. Zuzüglich der nationalen Kofinanzierung erhöhte sich das Programmvolumen damit um 9.856.000 € auf 235.924.000 €. Der Antrag wurde im März 2004 noch einmal überarbeitet, da die Kommission einem Zuschlag für Schwerpunkt 4 nicht zugestimmt hat. Die Leistungsgebundene Reserve wurde darauf hin auf den Schwerpunkt 3 konzentriert. Gleichzeitig erfolgten Umschichtungen in den Schwerpunkten 2 und 4. Die Genehmigung der Aufnahme einer weiteren Förderrichtlinie (siehe E.) sowie der Leistungsgebundenen Reserve erfolgte am 20.08.2004 mit Entscheidung K (2004) 3305.

Am 15.09.2004 stimmte der Begleitausschuss im Umlaufverfahren einer Mittelverschiebung innerhalb des Schwerpunktes 1 zu. Von Maßnahme 1.1 wurden 536.813 € zu Maßnahme 1.2 verschoben. Mit Schreiben vom 19.01.2005 hat die Europäische Kommission ihre Prüffeststellungen hierzu übermittelt.

Am 15.08.2005 stimmte der Begleitausschuss im Umlaufverfahren einer Mittelverschiebung innerhalb der Schwerpunkte 3 und 4 zu. Von Maßnahme 3.2 wurden 193.870 € zu Maßnahme 3.1 verschoben. Von Maßnahme 4.1 wurden 2.779.296 € in die Maßnahme 4.2 verschoben. Mit Schreiben vom 03.11.2005 hat die Europäische Kommission ihre Prüffeststellungen hierzu übermittelt.

Im Jahr 2006 wurden zwei Änderungen bei der Mittelaufteilung vorgenommen. Im Juni 2006 wurden nach Beschluss des Begleitausschusses am 22.06.2006 1.840.520 € von der Maßnahme 3.3 zur Maßnahme 3.1 verschoben.

Am 26.09.2006 hat der Begleitausschuss einer Umverteilung der Mittel im Schwerpunkt 2 zugestimmt. Die Maßnahmen 2.1, 2.2 und 2.3 wurden zulasten von Maßnahme 2.4 aufgestockt (s. Tabelle unten). Mit Schreiben vom 26.10.2006 informierte die Europäische Kommission über ihre Prüffeststellungen zu der Finanztafel des Antrags vom September.

Ebenfalls am 26.09.2006 wurde ein schwerpunktübergreifender Änderungsantrag vom Begleitausschuss genehmigt, der eine weitere Aufstockung der Maßnahme 2.2 um 440.000 € und der Maßnahme 3.3 um 2.000.000 € sowie eine Reduzierung der Technischen Hilfe um 2.440.000 € vorsah. Dieser Änderungsantrag wurde am 27.09.2006 bei der Europäischen Kommission eingereicht. Am 23.10.2006 wurde die Ziel-2-Verwaltungsbehörde telefonisch von der Europäischen Kommission gebeten, den eingereichten Änderungsantrag zu überarbeiten, da im Bereich der Technischen Hilfe maximal der Betrag der Jahrestanche 2006 gekürzt werden kann. Mit Datum 31.10.2006 hat der Begleitausschuss dem überarbeiteten Änderungsantrag zugestimmt, welcher mit Schreiben vom 01.11.2006 bzw. per E-mail vom 02.11.2006 an die Europäische Kommission übermittelt wurde. Dieser sieht vor, die Maßnahme 1.2 um 416.000 € zu reduzieren, die Maßnahme 3.3 um 1.100.690 € aufzustocken und die Technische Hilfe um 684.690 € zu reduzieren. Eine Entscheidung der Europäischen Kommission zu diesem Antrag ist im Jahr 2006 nicht mehr erfolgt.

Das n+2-Ziel wurde zum Jahresende 2006 nicht erreicht. In der Folge ist eine erneute Anpassung der Finanztabellen erforderlich.

Nachfolgend eine Übersicht über alle programmrelevanten Entscheidungen:

Entscheidung Nr.	vom	Inhalt
K (2001) 774	22.03.2001	Genehmigung des Programms
K (2002) 1656	19.06.2002	Aufnahme einer weiteren Beihilferegelung zur Durchführung des Raumfahrtprojektes PHOENIX
K (2004) 3305	20.08.2004	Aufnahme der Leistungsgebundenen Reserve und einer weiteren Förderrichtlinie (FuE)
Entscheidung des Begleitausschusses (Umlaufverfahren) (Entscheidung_BA_I)	15.09.2004	Mittelverschiebung in Höhe von 536.813 € von Maßnahme 1.1 zu Maßnahme 1.2
Entscheidung des Begleitausschusses (Umlaufverfahren) (Entscheidung_BA_II)	15.08.2005	Mittelverschiebung in Höhe von 193.870 € von Maßnahme 3.2 zu Maßnahme 3.1 und Mittelverschiebung in Höhe von 2.779.296 € von Maßnahme 4.1 zu Maßnahme 4.2
Entscheidung des Begleitausschusses (Umlaufverfahren) (Entscheidung_BA_III)	22.06.2006	Mittelverschiebung von Maßnahme 3.3 zu Maßnahme 3.1 in Höhe von 1.840.520 €.
Entscheidung des Begleitausschusses (Umlaufverfahren) (Entscheidung_BA_IV)	26.09.2006	Umverteilung der Mittel innerhalb Schwerpunkt 2: Aufstockung Maßnahme 2.1 um 263.000 € Aufstockung Maßnahme 2.2 um 1.437.000 € Aufstockung Maßnahme 2.3 um 300.000 € Reduzierung Maßnahme 2.4 um 2.000.000 €
Entscheidung des Begleitausschusses (Umlaufverfahren)	31.10.2006	Schwerpunktübergreifende Mittelverschiebung: Reduzierung der Maßnahme 1.2 um 416.000 €, Aufstockung der Maßnahme 3.3 um 1.100.690 € und Reduzierung der Technischen Hilfe um 684.690 €. Die Entscheidung der Europäischen Kommission wurde im Januar 2007 getroffen.

D.6 Indikatoren zur Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve

Eine Weiterführung der Indikatoren zur leistungsgebundenen Reserve erfolgt nicht mehr, da diese Indikatoren ausschließlich Teil des Verfahrens zur Zuweisung der Reservemittel waren. Die Zuteilung der Reservemittel für Bremen hat die Europäische Kommission positiv beschieden.⁸

D.7 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität

Entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 wurde mit der Ergänzung zur Programmplanung ein Kommunikationsaktionsplan vorgelegt, in dem Ziele, die Zielgruppen sowie die konkreten Maßnahmen zur Information und Öffentlichkeitsarbeit beschrieben wurden.

Für das Jahr 2006 sind insbesondere folgende Maßnahmen des Kommunikationsplans zu nennen:

- Europa-Woche 2006: Anlässlich der Europa-Woche wurde zum 1. Mai 2006 ein 8-seitiges Zeitungsjournal veröffentlicht. Schwerpunktthema des Journals war die neue Förderperiode 2007 – 2013 und Erfolge der bisherigen Strukturfondsförderung. Das Journal wurde über die auflagenstärksten Tageszeitungen in Bremen und Bremerhaven an ca. 500.000 Haushalte verteilt. Mit dem Journal wurde zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung eingeladen, die am 12. Mai im Bremer World Trade Center stattfand. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit der ESF-Verwaltungsbehörde durchgeführt. Vertreter der Europäischen Kommission des EFRE und des ESF nahmen teil. Die Besucher konnten sich im Foyer des World Trade Centers in Form einer kleinen Messe über bereits geförderte Projekte informieren. Unter anderem haben sich folgende Projekte vorgestellt: Design GmbH Bremen, Biotechnologiezentrum BioNord, Quartierszentrum „Mobile“ aus Hemelingen, das Projekt „Mut gegen Gewalt“ aus Bremerhaven sowie verschiedene Projekte aus dem Bereich FuE oder Arbeit und Technik.

⁸ Amtsblatt Nr. L 111 vom 17/04/2004; 2004/344/EG: Entscheidung der Kommission vom 23. März 2004 über die Aufteilung der leistungsgebundenen Reserve für die gemeinschaftlichen Strukturfondsvinterventionen im Rahmen der Ziele 1, 2 und 3 sowie des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei außerhalb der Ziel-1-Regionen auf die Mitgliedstaaten (bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2004) 883).

- Die Website hat sich auch im Jahr 2006 hervorragend weiterentwickelt. Schon in den ersten Monaten konnte eine Steigerung der täglichen Besucher von im März 2005 täglich 73 auf im März 2006 ca. 120 festgestellt werden.

Am Freitag, den 12. Mai 2006, fand die erste öffentliche Informationsveranstaltung zur neuen EU-Strukturförderung in Bremen 2007-2013 statt. Hierzu erschien am Samstag, den 29.04.2006 die zuvor bereits erwähnte Zeitungsbeilage im Weser-Kurier, den Bremer Nachrichten sowie der Nordsee-Zeitung. Im Internet wurde auf der Startseite des Weser-Kurier online mit einem Werbe-Banner, welches mit der Internetseite www.efre-bremen.de verlinkt war, auf die Veranstaltung hingewiesen. Die Auswirkungen auf den Besuch der website waren herausragend: so stieg die Zahl von von ca. 120 täglichen neuen Besuchern im Monatsschnitt am Dienstag, den 02. Mai, also dem ersten Arbeitstag nach Erscheinen des Zeitungsjournal, mit 363 neuen Besuchern auf das 3-fache und blieb in der ersten Maihälfte bei ca. 150 neuen Besuchern pro Tag.

Mit Aufstellung des Entwurfs des neuen EFRE-Programms 2007 - 2013 und des Umweltberichts Ende November 2006 stiegen die Besucherzahlen erneut an, von durchschnittlich 120 zwischen Juni und Oktober auf 368 im Monatsschnitt Dezember, - mit Spitzen von über 600 täglichen neuen Besuchern!

Der Bekanntheitsgrad der Website www.efre-bremen.de hat sich insbesondere durch die besonders intensive Öffentlichkeitsarbeit 2006 deutlich erhöht, was sich in den gestiegenen Besucherzahlen niederschlägt.

- Erstellung eines Newsletters für den Regionalen Begleitausschuss mit Informationen über den Umsetzungsstand des Ziel-2-Programms sowie weiterer EU-Förderprogramme im Land Bremen.

Darüber hinaus sind noch zu verzeichnen:

- Schriftliche Kurzinformationen für die allgemeine Öffentlichkeit (Kurzversion des Ziel-2-Programms, Broschüren, Faltblätter) über die EU-Programme und EU-geförderte Projekte;
- Beantwortung individueller Anfragen von Bürgern, interessierten Stellen und dem Bremischen Landesparlament bzw. seiner Ausschüsse;
- Pressemitteilungen zu laufenden EU-geförderten Projekten und zu besonderen Anlässen sowie nach Abschluss der Halbzeitbewertung des Ziel-2-Programms;

E. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken einschl. Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds

Bei der Anlage der EU-Programme wie auch der Landesprogramme insgesamt wird den Grundsätzen der Komplementarität (zu anderen EU-Strukturfonds bzw. Zielprogrammen, Initiativen und Aktionsprogrammen sowie den Interventionen der EIB) und der Beachtung gemeinschaftlicher Politiken (vor allem in den Bereichen Wettbewerb, Umweltschutz, Beschäftigung und Chancengleichheit) Rechnung getragen.

Gegenstand wettbewerbsrechtlicher Genehmigungsverfahren für staatliche Beihilfen im Rahmen des Ziel-2-Programmes waren die Rahmenpläne und Fördergebietsabgrenzungen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) (Nr. C 47/99 vom 12.04.2000 und Nr. 209/99 vom 02.08.2000), das Landesinvestitionsförderprogramm (LIP; N 543/99 vom 05.05.2000), das Landesprogramm „Arbeit und Technik“ (N 132/2000 vom 16.11.2000), die Genehmigung der Kompetenzzentren/Berufsbegleitende Qualifizierungen/Know-How-Transfer (N 133/2000) und das Programm zur Förderung angewandter Umwelttechnologien (PFAU; N 542/99 vom 20.03.2000).

Für den Anfang 2002 gestellten Änderungsantrag ist die am 09.04.2002 entschiedene Beihilfe N 709/01 relevant, die Beihilfen für Unternehmen im Bereich der FuE-Förderung im Rahmen des deutschen Raumfahrtprogramms regelt.

Mit dem Antrag zur Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve wurde die Aufnahme der Richtlinie zum Bremischen Landesprogramm "Förderung der Forschung und Entwicklung in betrieblichen Innovationsprojekten (FuE-Innovationsprogramm)" für die Maßnahmen 2.1 und 2.2 des Ziel-2-Programms beantragt. Die FuE-Richtlinie hat die Nummer N 705/2001 und wurde am 21.01.2002 entschieden.

Bei der Durchführung des Programms wird dem Aspekt des **Umweltschutzes** umfassend Rechnung getragen. Der Umweltschutzgedanke wird als Querschnittsziel in allen Programmteilen verankert und darüber hinaus als Zwischenziel „Förderung des Umweltschutzes und des Aspekts der Nachhaltigkeit“ besonders hervorgehoben. Der schonende Umgang mit Ressourcen findet seinen Ausdruck vor allem in der Tatsache, dass im Rahmen des Programms ausschließlich vorhandene Brachflächen für Unternehmensansiedlungen hergerichtet und erschlossen werden. Gezielt sollen vor allem KMU bei der Implementierung neuer Umwelttechniken über das Landesprogramm PFAU unterstützt werden. Für die Auswahl der Projekte des Programms wer-

den übergreifende Kriterien definiert, die den Aspekten des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit in geeigneter Weise Rechnung tragen.

Die Aspekte **Beschäftigung und Chancengleichheit** spielen vorrangig im Bereich des Europäischen Sozialfonds eine Rolle und wirken über die wechselseitige flankierung auch auf die Ziel-2-Förderung, spiegeln sich vom Ansatz her aber auch in einigen EFRE-geförderten Maßnahmen wieder, insbesondere dem „Kohärenzfonds“.

Der Förderung der Chancengleichheit kommt bei der Durchführung des Programms besonderer Stellenwert zu, in dem der Ansatz des „gender-mainstreaming“ als Querschnittsziel in der Strategie verankert wurde und damit für alle Maßnahmen Anwendung findet. Bei der Auswahl der Operationen sind geeignete Kriterien definiert worden, die dem Chancengleichheitsaspekt Rechnung tragen. Für das Monitoring und die Evaluierung werden gesonderte Indikatoren bestimmt, die die Effekte der Förderung nachweisen, vor allem in Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen. Nach der Ex-ante-Einschätzung sind insgesamt positive Effekte für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch das Programm zu erwarten, insbesondere durch die Förderung des Dienstleistungssektors in der Region. Im Zuge der Programmumsetzung hat sich jedoch gezeigt, dass bislang nicht in allen Bereichen die ex ante angestrebten Effekte, insbesondere bei der Schaffung und Sicherung von Frauenarbeitsplätzen, erreicht wurden. Eine Verbesserung der Zielerreichung dieses Querschnittsziels für die Restlaufzeit wird angestrebt.

F. Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten

Im Rahmen des Bremer Ziel-2-Programms 2000 – 2006 werden keine Großprojekte umgesetzt.

Anlage 1

Finanztabelle* für den jährlichen Durchführungsbericht / den Schlußbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und MaßnahmenReferenznummer der Kommission für das entsprechende OP bzw. EPPD: 2000 DE 16 2 DO 009

Titel: Ziel 2 Programm Land Bremen (2000 - 2006)

Jahr: 2006

(in Euro)

Schwerpunkte/Maßnahme	Insgesamt***	Insgesamt getätigte zuschussfähige und bescheinigte Ausgaben	% der zuschuss- fähigen Kosten	Sonstige****	Interventions- bereich**
Divers. d. Wirtschaftsstruktur	19.628.102,00	1.569.114,22	7,99		
KMU	16.438.822,00	1.386.655,16	8,44		161 (100%)
Innov. Existenzgründungen	3.189.280,00	182.459,06	5,72		163 (100%)
Stärkung des Dienstleistungssektors	128.457.976,00	13.982.876,67	10,89		
Informationsgesellschaft	18.961.654,00	3.145.767,43	16,59		322 (100%)
Technologie	46.969.246,00	4.044.595,96	8,61		182 (100%)
Fremdenverkehr	32.208.930,00	1.872.639,63	5,81		171 (100%)
Neue Dienstleistungen/Kohärenz	30.318.146,00	4.919.873,65	16,23		163 (100%)
Umwelt/Flächen	66.087.862,00	10.575.226,17	16,00		
PFAU	14.522.280,00	1.221.427,26	8,41		162 (100%)
Infrastrukturprojekte	6.039.016,00	727.113,72	12,04		163 (100%)
Flächen	45.526.566,00	8.626.685,19	18,95		351 (100%)
Städtische Problemgebiete	16.975.656,00	1.346.615,70	7,93		
Wirtschaftliche Aktivitäten	7.148.380,00	876.163,26	12,26		352 (100%)
Quartiersentwicklung	5.268.346,00	270.715,64	5,14		36 (100%)
Belebung zentraler Plätze	4.558.930,00	199.736,80	4,38		352 (100%)
Technische Hilfe	4.774.404,00	507.088,21	10,62		
Techn. Unterst., Evaluierung	2.652.450,00	277.586,47	10,47		411 (50%), 412 (35%), 415 (15%)
Studien	2.121.954,00	229.501,74	10,82		413 (50%), 414 (50%)
Insgesamt EFRE insgesamt ESF insgesamt EAGFL insgesamt FIAF insgesamt	235.924.000,00	27.980.920,97	11,86		

* Vorzulegen sind eine Tabelle für das letzte volle Kalenderjahr sowie eine Tabelle mit kumulierten Beträgen bis Ende des vorangegangenen Jahres (im Fall des Schlußberichts).

** der Interventionsbereich ist für jede Maßnahme anhand der Standardklassifizierung dreistellig zu kodieren; erforderlichenfalls (bei heterogenen Maßnahmen) sind mehrere Codes mit dem jeweiligen Prozentsatz anzugeben.

*** Diese Spalte enthält die Beträge, anhand deren die Beteiligung der Fonds berechnet wird (entweder die zuschußfähigen Gesamtkosten oder die gesamten öffentlichen oder gleichgestellten zuschußfähigen Ausgaben).

**** Im Fall von Ziel 2 ist zur Information der Gesamtbetrag aus dem EAGFL-Garantie für die Maßnahmen gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr./99 (Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr./99) anzugeben.

Ziel-2-Programm des Landes Bremen

Finanzielle Abwicklung des Programms

Mittelbindung und Zahlungen in €

Schwerpunkte/Maßnahme	genehmigter Betrag in € für das gesamte Programm	Zeitraum von: 1.1.2006 bis: 31.12.2006				Zeitraum vom Programmbeginn bis: 31.12.2006 kumuliert			
		Mittelbindungen		Zahlungen		Mittelbindungen		Zahlungen	
		per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt	per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt
		in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
Divers. d. Wirtschaftsstruktur	19.628.102,00	5.933.116,00	30,23	1.569.114,22	7,99	19.250.977,39	98,08	12.175.104,57	62,03
KMU	16.438.822,00	5.933.116,00	36,09	1.386.655,16	8,44	16.590.099,22	100,92	10.485.759,50	63,79
Innov. Existenzgründungen	3.189.280,00	0,00	0,00	182.459,06	5,72	2.660.878,17	83,43	1.689.345,07	52,97
Stärkung des Dienstleistungssektors	128.457.976,00	31.209.297,60	24,30	13.982.876,67	10,89	124.131.357,72	96,63	80.406.555,84	62,59
Informationsgesellschaft	18.961.654,00	12.248.463,00	64,60	3.145.767,43	16,59	18.721.546,01	98,73	3.954.677,37	20,86
Technologie	46.969.246,00	11.254.532,62	23,96	4.044.595,96	8,61	46.156.375,61	98,27	31.915.671,33	67,95
Fremdenverkehr	32.208.930,00	31.237,50	0,10	1.872.639,63	5,81	32.195.143,97	99,96	26.302.633,68	81,66
Neue Dienstleistungen/Kohärenz	30.318.146,00	7.675.064,48	25,32	4.919.873,65	16,23	27.058.292,13	89,25	18.233.573,46	60,14
Umwelt/Flächen	66.087.862,00	4.593.978,00	6,95	10.575.226,17	16,00	66.511.006,56	100,64	46.071.328,11	69,71
PFAU	14.522.280,00	357.546,00	2,46	1.221.427,26	8,41	13.978.646,78	96,26	10.498.187,13	72,29
Infrastrukturprojekte	6.039.016,00	0,00	0,00	727.113,72	12,04	5.995.777,88	99,28	3.353.425,00	55,53
Flächen	45.526.566,00	4.236.432,00	9,31	8.626.685,19	18,95	46.536.581,90	102,22	32.219.715,98	70,77
Städtische Problemgebiete	16.975.656,00	3.407.000,00	20,07	1.346.615,70	7,93	15.382.142,01	90,61	8.272.325,30	48,73
Wirtschaftliche Aktivitäten	7.148.380,00	274.000,00	3,83	876.163,26	12,26	5.674.867,00	79,39	1.998.224,65	27,95
Quartiersentwicklung	5.268.346,00	3.133.000,00	59,47	270.715,64	5,14	5.148.345,01	97,72	1.865.029,55	35,40
Belebung zentraler Plätze	4.558.930,00	0,00	0,00	199.736,80	4,38	4.558.930,00	100,00	4.409.071,10	96,71
Technische Hilfe	4.774.404,00	932.878,00	19,54	507.088,21	10,62	2.843.272,88	59,55	1.656.025,75	34,69
Techn. Unterst., Evaluierung	2.652.450,00	100.000,00	3,77	277.586,47	10,47	1.991.687,14	75,09	1.407.816,27	53,08
Studien	2.121.954,00	832.878,00	39,25	229.501,74	10,82	851.585,74	40,13	248.209,48	11,70
Gesamt	235.924.000,00	46.076.269,60	19,53	27.980.920,97	11,86	228.118.756,56	96,69	148.581.339,57	62,98